

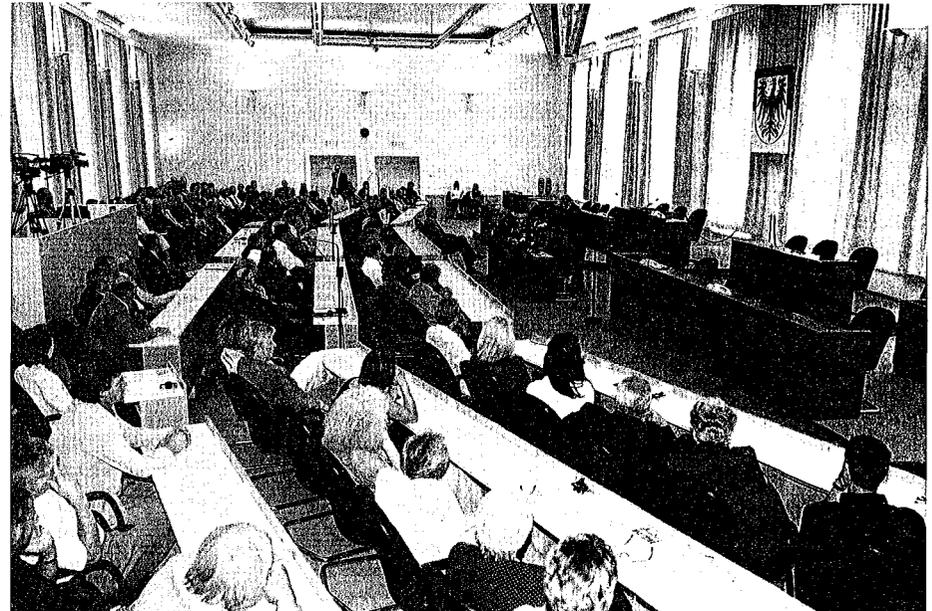
**Streiks - Demonstrationen - Straßenkämpfe**

**Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 im Landtag Brandenburg  
am 17. Juni 2003**

## Streiks - Demonstrationen - Straßenkämpfe

Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 im Landtag Brandenburg

am 17. Juni 2003



## Inhalt

Seite

- Begrüßung: **Dr. Herbert Knoblich**  
Präsident des Landtages Brandenburg
- Ansprache: **Dr. Wolfgang Ullmann**
- Preisverleihung: **Sieger im Schülerwettbewerb „17. Juni 1953 - eine Spurensuche“**  
Preisverleihung durch den Präsidenten  
Dr. Herbert Knoblich und Minister Steffen Reiche

### Preisträgerarbeiten

1. Landespreis: Harald Schmidt, Martin Müller, Raphael Guschke,  
Alexander Körber  
Städtisches Gymnasium Prenzlau  
„17. Juni 1953 - Arbeiteraufstand in der DDR“
2. Landespreis: Kristin Beck, Christin Müller, Kerstin Pintschovius,  
Nadin Possart, Matthias Zwarg  
Städtisches Gymnasium Prenzlau  
„17. Juni 1953 - Die Menschen im Arbeiter- und  
Bauernstaat erheben sich“

### Dr. Herbert Knoblich

Präsident des Landtages Brandenburg

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste!

17. Juni 1953 - Perspektive oder Retrospektive. Vor kurzem habe ich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 5. Juni dieses Jahres unter der Überschrift „Revolte von anrührender Humanität“ Folgendes gelesen: „Was haben die Franzosen aus dem Sturm auf die Bastille gemacht, einem historisch genau betrachteten bescheidenen ...“, und ich füge hinzu, es waren gerade 200, die stürmten, „... risikoarmen Ereignis?“ Und wir? Unser Land ist nicht so reich an eindrucksvollen Freiheitsbewegungen, dass es sich Vergesslichkeit erlauben dürfte und leisten könnte. Ein großer Augenblick unserer Geschichte waren die Tage und die Taten des 16. und 17. Juni 1953. Die Wahrnehmung des Tages und seiner Bedeutung hängt und hing natürlich wesentlich vom individuellen Horizont ab. Wenn ich das persönlich aus der heutigen Sicht betrachte, dann würde ich es als den Systemen im abstrakten Sinne nahestehender Naturwissenschaftler so formulieren: Es war ein Phänomen in einem metastabilen Zustand, das gekennzeichnet war durch die Diktatur der Partei des Proletariats, die, wie sie sich selbst bezeichnete, eine Partei neuen Typus gewesen sein möchte.

1953 habe ich es natürlich völlig anders gesehen. Ich war damals 14 Jahre alt, und just an diesem 17. Juni sollte die Gegenwartskundeprüfung als Teil einer zentral angelegten Abschlussprüfung des 8. Schuljahres stattfinden, und unsere größte Freude hinsichtlich der Entwicklung bestand darin, dass wir nicht zur Prüfung mussten.

Den Bürgern stellte sich das Geschehen auf eine völlig andere Weise dar als etwa durch eine Prüfung, nämlich auf der Straße, wobei man auf einem kleinen Dorf in der Nähe von Cottbus die Dramatik dieses Ereignisses überhaupt nicht wahrzunehmen in der Lage war, zumal sie ja auch in verschiedenen Bereichen in der DDR sehr unterschiedlich war. Der für mich einzig offenkundige Zusammenhang zu den Ereignissen des Jahres 1989 ist die vielseitig verursachte Instabilität des Systems gewesen, in dem die Ereignisse stattgefunden haben. Dass das Meinungsspektrum zu diesen Situationen natürlich sehr breit gefächert ist, ist wohl vor diesem Hintergrund auch verständlich.

Ich darf heute unter uns eine ganze Reihe von Zeitzeugen begrüßen, die damals im vollen Bewusstsein dabei gewesen sind, und schließe auch die mit ein, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes leider nicht hier sein können. Aber ich freue mich, dass Herr Gronau, Herr Köhler, Herr Lutzens und Herr Marte da sind. Mit einigen anderen habe ich telefoniert. Der Grundtenor ihrer Aussagen war, dass sie nun über 80 Jahre alt seien und leider nicht an der Veranstaltung teilnehmen könnten. Aber sie freuten sich, dass der Landtag diesen Termin zum Anlass nehme, um ein Ereignis ins Bewusstsein der Menschen zurückzuholen, das in der Vergangenheit vielleicht ein bisschen zu kurz gekommen sei oder auch schon wieder drohe, in Vergessenheit zu geraten.

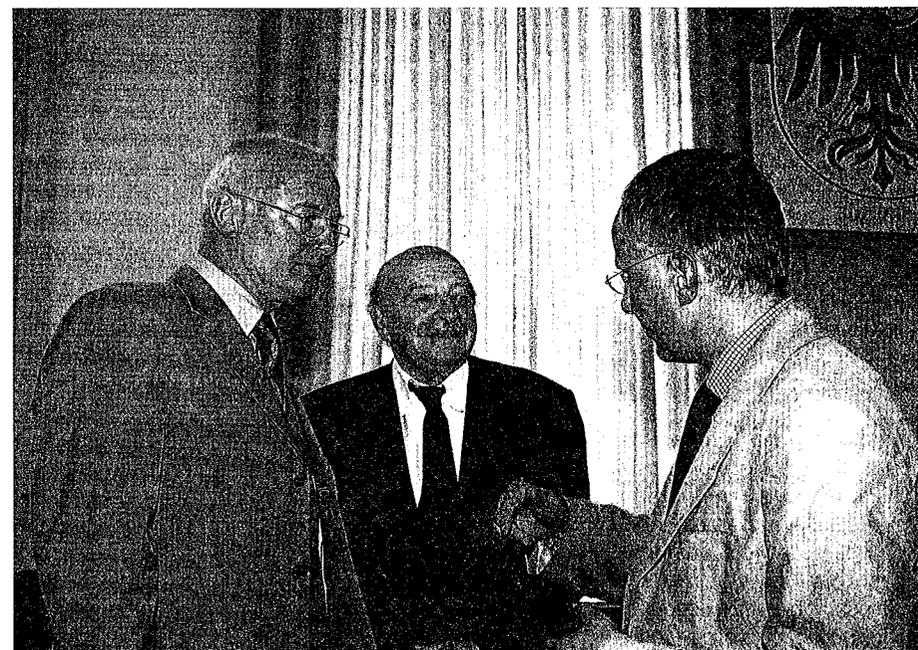
Ich freue mich, unter unseren Gästen Vertreter der großen Kirchen - da weiß ich immer genau, wo ich hinzusehen habe, weil sie ständige Begleiter der parlamentarischen Arbeit sind -, der Bundeswehr, die ja in Potsdam sowohl durch das Forschungsamt, in dem militärhistorisch gearbeitet wird, vertreten sind ebenso wie durch das Einsatzführungskommando und der Justiz begrüßen zu können, sowie Frau Rüdiger als Vertreterin der so genannten Birthler-Behörde. Erfreulicherweise ist auch eine ganze Reihe von privat Interessierten gekommen.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass Schüler mit ihren Lehrern gekommen sind, die auf sich aufmerksam gemacht haben, weil sie der Anregung des Ministers für Bildung, Jugend und Sport gefolgt sind und sich an einem Wettbewerb beteiligt haben. Sie haben versucht, aus einem halben Jahrhundert Distanz dieses geschichtliche Ereignis für sich zu erschließen und auch in einer Weise darzustellen, dass die Ergebnisse für den Unterricht verwendet werden können. Im Anschluss an diese Gedenkveranstaltung werden wir die Sieger auszeichnen. Das war natürlich nur möglich mit der Unterstützung sowohl des Ministeriums als auch der Landeszentrale für politische Bildung - und der Landtag legt sehr großen Wert darauf, dass die politische Dimension auch durch das Parlament unterstützt wird.

Ganz besonders dankbar bin ich unserem heutigen Redner zu dieser Gedenkveranstaltung, Herrn Dr. Wolfgang Ullmann, der sicherlich vielen als eine der wegweisenden Persönlichkeiten in der Zeit um 1989 bekannt ist. Er ist Kirchenhistoriker, und er hat mir vorhin gerade gesagt: „Wir stimmen überein in der Auffassung, den 17. Juni 1953 kann man nur vor dem Hintergrund des in Angriff genommenen Imperiums der Sowjetunion verstehen.“ Er selbst hat für die Kirche als Experte gerade die historische Dimension seit 1970 erschlossen und kennt sich also aus der Zeit von über 30 Jahren Umgang mit den Russen bestens mit Ihnen aus.

Er ist ein Wanderer zwischen den Welten gewesen. An der kirchlichen Hochschule in Berlin hat er eine Professur ausgeübt und damit die auf dieses Studium vorbereiteten, aus dem kirchlichen Gymnasium Hermannswerder Kommenden weiter profiliert. Minister Reiche, der nachher die Auszeichnungen mit vornehmen wird, kennt Herrn Dr. Ullmann aus Studentenzeiten. Er hat, wie Sie sich erinnern, 1989 am Runden Tisch mitgearbeitet, war dann in der Volkskammer, im Bundestag und im Europäischen Parlament.

Wir werden nach einem Musikstück die Rede von Herrn Ullmann hören und dann die Auszeichnung der jungen Leute vornehmen, die sich am Schülerwettbewerb beteiligt haben. Herr Dr. Ullmann, Sie haben das Wort.



**Dr. Wolfgang Ullmann**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Vertreter der Bundeswehr und der Kirchen, und vor allem liebe Schülerinnen und Schüler! Ich bitte die anwesenden Zeitzeugen es mir nachzusehen, dass ich sie an letzter Stelle begrüße, in diesem Fall ist die letzte Stelle für mich die wichtigste.

Eine Arbeiterbewegung, die in eine Volkserhebung mündet, eine solche unabsehbare Tragweite gewinnt ohne Partei- und Gewerkschaftsorganisation, ja gegen beide und das sogar ohne eigene Leitungsstrukturen ausgebildet zu haben - das alles hat es einmal in Deutschland gegeben. Es hat eine solche Arbeiterbewegung in Deutschland gegeben, als am 17. Juni 1953 in allen Schichten der DDR-Bevölkerung als Resonanz auf die Streik- und Protestaktionen der Berliner Bauarbeiter dem Versuch der Ulbricht-Administration, das Land in ein stalinistisches Sowjetdeutschland zu verwandeln, mit einem unmissverständlichen „Nein!“ geantwortet wurde. Weil es sich um eine solche historisch einmalige Arbeiterbewegung handelte, wurde am 17. Juni 1953 zugleich über ihre historische Bedeutung wie über ihr Scheitern mit all seinen weit reichenden Konsequenzen entschieden.

Zu den Konsequenzen dieses Scheiterns gehört auch die Tatsache, dass nirgends deutlicher als durch die Schicksale des 17. Juni 1953 und die seiner nachträglichen Bewertungen die abgrundtiefe Verlegenheit aller Deutschen gegenüber ihrer eigenen Geschichte offenbar geworden ist. Wie sollte es auch anders sein in einem Lande, in dem die beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts in so einzigartiger Weise nicht nur aufeinander gestoßen, sondern auch aufs Widersprüchlichste miteinander verknüpft worden sind. Den Hitlerschen Totalitarismus hatte eine erdrückende Mehrheit aller Deutschen willkommen geheißen, weil in ihm der sicherste Schutz gegen den Kommunismus Sowjetrusslands gesehen wurde. Der andere, sowjetrussische Totalitarismus wurde allein der Bevölkerung der DDR auferlegt, obwohl alle Deutschen gemeinsam 1945 als Konsequenz des Hitlerschen Großmachtchauvinismus der totalen militärischen Niederlage die Rechtlosigkeit der bedingungslosen Kapitulation erteilt hatte, die die Deutschen von der Gnade und Barmherzigkeit ihrer Gegner und deren humanitärem Rechtsbewusstsein abhängig werden ließ.

Es gehört zu den großen Wundern der neueren Geschichte, dass zum Glück für alle Deutschen die Normen der Menschenwürde und der Universalität der Menschenrechte sich gegen durchaus vorhandene Abrechnungsstimmungen durchzusetzen vermochten, wie die Nürnberger Rechtsprechung, die UNO-Charta samt deren Menschenrechtsdeklaration und die analoge Europäische Menschenrechtskonvention dokumentieren. Obwohl die Aktivisten des 17. Juni sich nicht auf diese Urkunden berufen haben, obwohl sie allesamt bereits existierten, haben sie mit ihren Forderungen der Achtung von Arbeiterrechten, das Eintreten für freie Wahlen, die Freilassung der aus politischen Gründen und ohne rechtsstaatliche Verfahren Verurteilten durchaus dem Geist und Buchstaben der genannten Nachkriegsorientierungen der Völkergemeinschaft entsprechend gehandelt, obwohl weder die Bundesrepublik noch die DDR damals UNO-Mitglied oder Unterzeichnerstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention waren.

Dennoch sehe ich die erste Bedeutung der Volkserhebung von 1953 darin, dass sie diese Prinzipien einer neuen überstaatlichen Rechtsordnung angesichts ihrer akuten Verletzungen in der DDR gegen die Repressionen des Stalinismus wie gegen die ideologischen Verirrungen des Kalten Krieges verteidigt haben. Ist diese Volkserhebung doch gerade am Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen im Osten wie im Westen gescheitert.

So gehört dieses Scheitern in ganz besonderer Weise zu den Verlegenheiten, ja der nicht enden wollenden Unfähigkeit aller Deutschen, ihre Geschichte in den beiden Totalitarismen rückhaltlos ohne Schönfärberei und Apologetik zu begegnen, sodass eine über bloße Rechtfertigungs- und Distanzierungsstrategien hinausgehende Umorientierung möglich wird.

Obwohl die Geschichte des 17. Juni und seines Gedenktages schon mehr als einmal in Form einer Geschichte der Verlegenheiten, ja der Peinlichkeiten beschrieben worden ist - wir brauchen diese Reihe nicht fortzusetzen, weil wir inzwischen Eckpunkte unserer geschichtlichen Erfahrung erreicht haben, die es uns ermöglichen, an den 17. Juni 1953 in innerer Freiheit und im Geist einer Bejahung gegenüberzutreten, die das damalige Scheitern ebenso ernst nimmt, wie sie die das Scheitern überdauernde Bedeutung des

Ereignisses in gleicher Weise ohne alle Instrumentalisierungsversuche zu würdigen in der Lage ist.

Der eine Eckpunkt ist die friedliche Revolution vom Herbst 1989. Hat sie doch unwider-ruflich offenbar werden lassen, dass der Sieg der Parteidiktatur über die Volkserhebung, den jene am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer Panzer zu erringen vermochte, nur für ein freilich langes Interregnum von 36 Jahren wirksam blieb. Die Zukunft gehörte doch den von der Erhebung geforderten freien Wahlen und der Beseitigung der Zonengrenzen. Am 15. Februar 2003 aber wurde darüber hinaus ebenso unwiderruflich klar: Es ist nicht als so genannter „deutscher Sonderweg“ denunzierbar, wenn das Volk aller Bürgerinnen und Bürger zusammen mit der Bundesregierung daran festhält, dass die Zukunft der Völker allein in jener Richtung, die vom Gewaltmonopol der UNO gewiesen wurde, nicht aber von den Remilitarisierungsinitiativen der Kasernierten Volkspolizei und den Wiederaufrüstungsbestrebungen des Kalten Krieges im Westen liegen kann.

Nimmt man die hier vorgeschlagene Perspektive ernst, dann erweist sich der 17. Juni 1953 als Reaktion auf den tiefsten Einschnitt in der Verfassungsgeschichte der 1949 gegründeten DDR: Die im Sommer 1952 von der 2. Parteikonferenz der SED beschlossene Einführung des Stalinismus in der DDR. Ulbricht und die Seinen nannten das „Aufbau des Sozialismus“ und wollten damit behaupten, im Gegensatz zur Bundesrepublik eine höhere Stufe der Demokratie erreicht zu haben. Ein in den Tagebüchern von Victor Klemperer aus dem Jahr 1949 überlieferter Ausspruch von Bernhard Koenen (SED-Mitglied) besagt, die wahre Demokratie bestehe in einer jede Opposition ausschließenden Allparteienherrschaft, so wie es die DDR-Verfassung von 1949 in der Tat vorschrieb.

Das wurde 1952 ebenso durch einen diktatorischen Führungsanspruch der SED und einen dieser Diktatur entsprechenden Zentralismus ersetzt, der den auch in der DDR-Verfassung von 1949 enthaltenen Föderalismus mit einem Schlag beseitigte und damit den in Potsdam beschlossenen Richtlinien für die deutsche Nachkriegsordnung widersprach.

Als Erklärung für diese unmissdeutbaren Brüche mit der eigenen, bis dahin verfolgten Tradition konnte die SED nur auf den im Frühjahr zwischen der Bundesrepublik und den drei Westalliierten abgeschlossenen Deutschlandvertrag verweisen, der die Ersetzung der in Potsdam vorgesehenen Verwaltung Nachkriegsdeutschlands bis auf wenige, Berlin betreffende Reste durch die Eingliederung der Bundesrepublik in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Militärordnung vorsah.

Dass die stalinistischen Diskriminierungen von Teilen der Bevölkerung innerhalb der DDR - Terror gegen junge Christen, gegen diakonische Anstalten der Kirche, gegen Bauern, Einzelhändler und Unternehmer - eine angemessene Antwort auf die neue außenpolitische Lage und den endgültigen Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und deren antitotalitäre Zielsetzung eine neue „Sozialismus“ genannte Demokratie als Gesellschaftsordnung heraufzuführen sollten - das konnten wohl nur wirklichkeitsblinde Parteiideologen glauben.

Dennoch wäre es wohl bei den damals schon wie erneut im Frühjahr 1961 ausufernden Fluchtbewegungen besonders der Jugend geblieben, wenn die SED nicht die Klasse, deren Repräsentant sie zu sein behauptete, durch krasse Normerhöhungen das Rechtsgefühl eben dieser Klasse derart düpiert hätte, dass nur mit Streiks geantwortet werden konnte, die schon am 9. Juni in Hennigsdorf begonnen hatten, aber dann am 16. Juni in den bekannten Ereignissen auf der Stalin-Allee und vor dem Haus der Ministerien kulminierten.

Es ist der gegen schwerste Bedenken der US-Militäradministration von Egon Bahr durchgesetzten Verlesung des Aufrufs der streikenden Arbeiter als eine Nachrichtensendung im RIAS zu danken, dass der 17. Juni zum Tag der Volkserhebung in der ganzen DDR wurde. Diese Erhebung war keineswegs jener ziellose Tumult, zu dem ihn interessierte Historiker und Kommentatoren gern stempeln möchten. Kann man es deutlicher sagen, als es der Bitterfelder Aufruf tut mit seinen Forderungen: „Rücktritt der unglaublich gewordenen Regierung; Konstitution einer provisorischen Regierung; freie und geheime Wahlen nach Zulassung aller deutschen Parteien, Freilassung aller politischen Gefangenen, einschließlich so genannter „Wirtschaftsverbrecher und der aus religiösen Gründen Verfolgten; Abschaffung der Zonengrenzen und der militärischen Verbände“?

Dass mit den beiden letzten Forderungen die gesamte Nachkriegsordnung und vor allem deren Remilitarisierung angegriffen worden war - obwohl man dem Bitterfelder Aufruf eine ausdrückliche Versicherung beigefügt hatte, dass dem Aufruf jede gegen die Sowjetunion und die Rote Armee gerichtete Feindschaft fern liege - das konnte niemanden verborgen bleiben. Wer diese Ordnung, zumal nach ihrer sie remilitarisierenden Deformation aufrechterhalten wollte, musste die Volkserhebung gewaltsam unterdrücken. Eine Aufgabe, die, wie man inzwischen weiß, die sowjetischen Panzer nur sehr ungern übernahmen.

Aber auch die zu ihrer Beruhigung auf die Zuschauerrolle beschränkten Westalliierten legten großen Wert darauf, aus ihr nicht heraustreten zu müssen. Egon Bahr bekam von der US-Kommandantur zu hören, ob der RIAS den dritten Weltkrieg heraufbeschwören wolle. Die beste Erklärung für das Scheitern des 17. Juni steht in einem Memorandum des britischen Staatsministers Selwyn Lloyd für seinen Premier Churchill, das die westliche Politik gegenüber der Volkserhebung so zusammenfasst: „Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa hat immer ein geteiltes Deutschland bedeutet. Deutschland zu vereinigen, während Europa geteilt ist - sogar wenn es möglich wäre - das wäre mit Gefahren für alle belastet. Darum fühlt jeder in seinem Herzen - Herr Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst - dass für die jetzige Zeit ein geteiltes Deutschland sicherer ist. Aber niemand darf das offen zu sagen wagen wegen der schlechten Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland. Darum unterstützen wir öffentlich alle die Einheit Deutschlands, jeder nach seinen Vorstellungen.“

Was Selwyn Lloyd und die anderen von ihm zitierten Herren wohl nicht bedachten, war die Tatsache, dass auch die öffentliche Meinung in Deutschland geteilt war. So konnte man, wenn man gerade wie ich in Göttingen zu studieren das Privileg hatte, sehr gut mit

der faktischen Teilung und dem bloß vorgespiegelten Engagement für die deutsche Einheit leben, wie alle anderen Westdeutschen auch. Aber beim Gedanken an die Heimat in Dresden stellten sich böse Ahnungen ein. Welche Freude, dass die verhafteten christlichen Freunde nach dem 17. Juni 1953 wieder frei waren. Aber wie lange würde die Freiheitsberaubung für alle DDR-Bürger durch die nach der Unterdrückung des 17. Juni neu gestärkte Ulbricht-Diktatur dauern? Ich ahnte damals nicht, dass es über 36 Jahre sein würden. Erlauben Sie, meine Damen und Herren, einen sehr hoch gegriffenen Vergleich. Nach den Maßen des Strafgesetzbuches ist das soviel wie lebenslänglich, und ich unterstreiche das, weil ich als alter Mann mit diesen 36 Jahren verhältnismäßig gut zu Rande kommen konnte, weil ich meine Ausbildung 1954 in Göttingen abschließen konnte, aber für die Nachgeborenen, die in den 40er- und 50er Jahren geboren waren, waren diese 36 Jahre natürlich für ihren weiteren Lebensweg so, dass Karriereknicks entstanden, die bis heute nicht heilbar sind.

War es die SED, die dank des in Moskau verhängten Ausnahmezustandes und des Panzereinsatzes der Sowjetarmee als Siegerin aus der Volkserhebung von 1953 hervorging? Sie selbst hat alles getan, die Ereignisse so darzustellen. Die mit dem so genannten „Neuen Kurs“ vom 9./10. Juni 1953 verbundenen Maßnahmen blieben in Kraft, und auch die für Anfang Juli vorgesehenen Normerhöhungen wurden zurückgenommen. Aber um das als Sieg einer reaktionsfähigen Regierung darstellen zu können, mussten die Ereignisse vom 16./17. Juni in einer Weise umgedeutet werden, die mit der geschichtlichen Wirklichkeit nichts mehr zu tun hatte und einer bewussten Verdrängung gleichkam.

Die SED behauptete fortan, mit Hilfe der Sowjetunion einen von außen, nämlich aus der Bundesrepublik organisierten „Putschversuch“ niedergeschlagen zu haben. Nicht nur die oben zitierte Äußerung von Selwyn Lloyd dokumentiert, dass diese Behauptung jeder Grundlage entbehrt. Inzwischen ist auch durch Unterlagen über Beratungen des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 18. Juni 1953 belegt, dass die USA nicht nur die Erhebung nicht unterstützt, sondern über den Einfluss des RIAS bemüht gewesen waren, ihr entgegenzuwirken. Ich selbst erinnere mich, damals als Göttinger Student in Publikationen aus dem Umkreis der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ gelesen zu haben, wegen der völligen Ahnungslosigkeit über das Ausmaß des Widerstandes habe man zu spät oder gar nicht mehr und nur mit einigen Flugblättern in die Ereignisse in der DDR eingreifen können.

Mit ihrer Doktrin vom „faschistischen Putsch“ aber bezog die SED-Führung eine Position, die sie einmal mehr von der DDR-Bevölkerung entfernen musste, die ja aus eigener Erfahrung wusste, wie die Dinge gekommen und abgelaufen waren. Hinzu kam ein zweites Handicap. Bis 1953 hatte die SED schon durch ihren Parteinamen wie durch die Verfassung von 1949 sich als Sachwalterin der deutschen Einheit verstanden und bestätigt. Damit war es nach dem 17. Juni 1953 endgültig vorbei, nachdem die Forderungen von Bitterfeld unmissverständlich klargemacht hatten, wie deutsche Einheit unter der Priorität von Freiheit allein zu Stande kommen konnte.

des Landes Brandenburg, Frau Dr. Weyrauch, in dieser Sache schon sehr viel Vorarbeiten unternommen hat.

Aber ich wiederhole es: Die Verlegenheiten, die durch die offen gebliebenen Fragen entstehen, wie sie gerade der 17. Juni aufwirft, dürfen nicht umgangen werden. Der Birthler-Aufruf spricht von „herausragenden demokratischen Massenbewegungen“, denen die vom Juni 1953 zuzurechnen sei. Kann man das sagen, ohne sofort daran erinnert zu werden, dass es in einem Land, in dem solche Bewegungen 1848/49 und 1918/19 zusammengeschossen wurden und dennoch immer wieder wie 1989 und zuletzt im Februar 2003 stattgefunden haben, noch immer keine gesetzliche Regelung über Volksabstimmungen auf Bundesebene gibt und dies in einem historischen Moment, da die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union erwartungsvoll ausschauen auf die Arbeit des Brüsseler Konventes an einer Verfassung des nach dem Ende des Kalten Krieges, an dem die Erhebung von 1953 scheitern musste, endlich geeinten Europa?

Soll deutschen Bürgerinnen und Bürgern abermals vorenthalten werden, was für Unionsbürger und -bürgerinnen anderer Länder längst Selbstverständlichkeit ist?

Wenn das Gedenken an jene Juni-Tage von vor 50 Jahren nicht nur eine Angelegenheit von Festtagsreden bleiben soll, dann muss die geforderte Konsequenz der Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene endlich durchgesetzt werden.

Denn man mag den Akteuren des 17. Juni 1953 mangelnde Organisiertheit vorwerfen, die in der Erhebung auch vorgefallenen Gewalttätigkeiten kritisieren oder gar verurteilen - das alles aber hat zurückzutreten hinter der Verpflichtung, nach 50 Jahren endlich laut und deutlich und öffentlich zu erklären: Sie hatten Recht in allem was sie forderten. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir den hier aufgestellten Forderungen unverzüglich und ohne Vorbehalte nachkommen.

#### **Dr. Herbert Knoblich**

Präsident des Landtages Brandenburg

Meine Damen und Herren, wie Sie den Blättern auf Ihren Plätzen entnehmen konnten, hat es dank der Initiative von Minister Reiche einen Schülerwettbewerb „17. Juni 1953 - eine Spurensuche“ gegeben. Die Spurensucher sind jung, und sie waren erfolgreich. Wir kommen zu der Auszeichnung der Besten unter ihnen.

#### **Steffen Reiche**

Minister für Bildung, Jugend und Sport

Zuerst bekommen ihre Anerkennung diejenigen, die sich diese Anerkennung verdient haben und diejenigen, die bis zuletzt sitzen, dürfen sich am meisten freuen, weil wir dann zuletzt den ersten Preis aufrufen werden.

Die Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule Potsdam, die zurzeit auch die Bundesschulfilmwoche mit „Good bye Lenin“ unweit von hier eröffnet hat, hat mit ins



Rennen geschickt Konstantina Spentza. Konstantina Spentzas Arbeit zeichnet sich durch eine logische Schilderung der Abläufe und eine detaillierte Beschreibung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 aus. Hervorzuheben sind insbesondere ihre umfangreichen Quellenrecherchen zum 17. Juni sowie die drei sehr guten Zeitzeugengespräche. Konstantina stellt die Folgen des Aufstandes gut und schlüssig dar und stellt Bezüge zu den Ereignissen in anderen Ländern des sowjetischen Herrschaftsbereiches und zur weiteren DDR-Geschichte bis zur friedlichen Revolution 1989 dar. Die Bebilderung ihrer Arbeit ist eine sinnvolle Ergänzung der Texte. Liebe Konstantina Spentza, herzlichen Glückwunsch zu deiner Arbeit. Liebe Konstantina, du bekommst hier noch einen kleinen geschlossenen Umschlag und darfst dich, wenn du ihn öffnest, besonders freuen - herzlichen Glückwunsch.

Noch einmal die Schule, von der ich eben geredet habe. Dieses Mal bekommt Jenny Arnim eine Anerkennung; denn die Gesamtgeschichte des 17. Juni ist in dieser sehr gut und übersichtlich gegliederten Arbeit richtig sichtbar und auch für den Unterricht gut anschaulich dargestellt. Auf der Basis einer tiefgründigen Literaturrecherche werden die verschiedenen Aspekte zum Thema berücksichtigt und Jenny Arnim betrachtet die Ereignisse vom 17. Juni 1953 im internationalen Kontext und stellt, was ich besonders spannend finde, auch einen Aktualitätsbezug her und kommt, und das zeigt die Qualität nicht nur dieser Schülerin, sondern auch des Unterrichts an dieser Schule, zu einer eigenen differenzierten Wertung. - Jenny Arnim, herzlichen Glückwunsch zu deiner Arbeit. Jenny bekommt den 6. Landespreis in der Kategorie „schriftliche Arbeiten“.

Den 5. Landespreis bekommen gleich mehrere Schüler des Städtischen Gymnasiums Prenzlau, die heute besonders weit angereist sind, sie kommen aus dem hohen Norden unseres Landes, aus der Uckermark. Liebe Christine Bruch, lieber Benjamin Broßmann und liebe Katja Berkholz. Eure Arbeit folgt einem konsequent lokalgeschichtlichen Ansatz. Ihr beleuchtet die Thematik aus damaliger und heutiger Sicht. Bemerkenswert ist das Ergebnis eurer Arbeit, obwohl in Prenzlau die Quellenlage schwierig ist. Ihr beschreibt auf der Grundlage von Zeitzeugenbefragungen ungewöhnliche Biographien. Der vorgelegte Bericht zeichnet sich durch eine gute Bebilderung und Recherchearbeit aus. - Herzlichen Glückwunsch zu diesem 5. Landespreis.

Ein zweiter 5. Landespreis geht wieder an die Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule, diesmal an Janine Ebel. Ihre Betreuungslehrerin war Frau Knedel. Janine hat die Abläufe um den 17. Juni 1953 detailliert geschildert und sehr gut in die historischen Zusammenhänge eingeordnet. Ich will ihre Auseinandersetzung mit der Frage „Volksaufstand oder Arbeiteraufstand?“, wie er auch in unserem neuen Rahmenlehrplan klar definiert ist, hervorheben. Gut abgehandelt sind die Ursachen für das Scheitern des Aufstandes. Janine stellt einen Zusammenhang zwischen dem 17. Juni und den späteren geschichtlichen nationalen und internationalen Ereignissen dar. Bemerkenswert ist ein Exkurs, den Janine Ebel macht, zum Problem des Rechtsstaates DDR. - Herzlichen Glückwunsch zum 5. Landespreis.

Der 4. Landespreis geht an eine Schule, von der wir bereits gute Arbeit gewöhnt sind, an das Städtische Gymnasium Prenzlau. Dort haben sich drei Schüler, und zwar Stefan Voigt, Andy Manz und Tobias Hamm mit dem Thema besonders intensiv befasst. Eine Arbeit, die sich durch gute Gliederung und Recherchearbeit auszeichnet und auch wieder auf regionale Ereignisse eingeht. Durch Zeitzeugenbefragung entsteht so ein gut nachvollziehbares zeithistorisches Kolorit der Situation in Prenzlau. Die Autoren haben die damaligen Ereignisse auch überzeugend in den gesellschaftlichen Kontext gestellt und vielfältiges statistisches Material und Bilddokumente zusammengestellt. Lieber Tobias, lieber Andy, lieber Stefan - herzlichen Glückwunsch zum 4. Landespreis.

Sie sehen, wie hart die Jury gerungen hat, sodass wir jetzt den 3. Landespreis überspringen und gleich zum 2. Landespreis kommen. Auch hier trifft es wieder eine Schule, von der wir schon gehört haben, wo der Unterricht und die Unterstützung durch Schulleitung und Lehrer besonders gut gelungen sein muss und insofern herzlichen Dank an Jürgen Theil, der der Betreuungslehrer hier gewesen ist. Ein junger Mann, der 1953, glaube ich, noch gar nicht geboren war, aber sich mit seinen Schülern dieser Arbeit besonders intensiv gestellt hat.

Bei diesem Bericht handelt es sich um eine problemorientierte Arbeit, in der gegensätzliche Bewertungen des 17. Juni 1953 kontrastiert werden. Die Verfasser fragen u. a. nach den Zielen der Aufständischen, nach dem Verhältnis von Berlin und Brandenburg, nach den damaligen Lebensumständen und - was besonders beachtlich ist - nach der Rolle der Frauen. Dazu haben die Schüler gründlich recherchiert und auch Zeitzeugen befragt. Sie gelangen in ihrer Arbeit zu einem eigenen, begründeten und differenzierten Urteil. - Herzlichen Glückwunsch zum 2. Landespreis an Kristin Beck, Christin Müller, Kerstin Pintschovius, Nadin Possart und Matthias Zwarg.

Wir kommen, und jetzt wird es besonders spannend, zum 1. Landespreis. Ich beschreibe erst die Arbeit, dann sage ich, wer der Betreuungslehrer ist und dann nenne ich die Schüler.

Die Arbeit macht insgesamt einen herausragenden Eindruck. Die äußere Gestaltung ist sehr ansprechend. Der Bericht ist sehr gut gegliedert; die sprachliche Umsetzung der Inhalte ist ebenso sehr gut. Die Anordnung und das Verhältnis der Text- und Bildanteile fördern den Informationsgehalt. Die Schüler haben sehr viele unterschiedliche Quellen ausgewertet und nachvollziehbare Schlüsse aus ihnen gezogen. Sie beschreiben den Aufstand von 1953 ganz exakt; die Tatsachen werden in Übereinstimmung mit der aktuellen Forschung richtig dargestellt. Am Beispiel der Stadt Prenzlau werden die Ereignisse um den 17. Juni 1953 herausgearbeitet und ausgezeichnet analysiert und ausgewertet. - Herzlichen Glückwunsch zum 1. Landespreis an den Betreuungslehrer Herrn Theil und vor allem natürlich an die Schüler Harald Schmidt, Martin Müller, Raphael Gutschke und Alexander Körber.

#### **Dr. Herbert Knoblich**

Präsident des Landtages Brandenburg

Die beiden Sonderpreise des Landtages gehen an zwei Schüler der Potsdamer Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule. Der eine geht an Melanie Mieltz, die es hervorragend verstanden hat, das aufzubereiten, was man im Unterricht braucht. Interessant an dieser Arbeit ist, dass die Autorin mit besonderen stilistischen Mitteln Kernaussagen in markante Sätze kleidet, von denen nicht wenige als Ausgangspunkt einer Diskussion im Unterricht dienen können. Vorgeschichte, Ablauf und Nachwirkungen des 17. Juni 1953 werden kurz, aber schlüssig und gut verständlich dargestellt. Bemerkenswert ist die Beschreibung der Folgen des Aufstandes (Haltung der Bevölkerung, Stabilisierung der SED-Herrschaft). Für die Beurteilung der langfristigen Folgen ist auch die sehr gelungene Einleitung von Bedeutung.

Der andere Sonderpreis geht an Sven Rech. Das ist ein interessanter Fall insofern, weil er aus Westberlin kommt, das ja hinsichtlich seiner Aktivitäten am 17. Juni 1953 eine etwas kritische Würdigung erfahren hat. Genau dem hat er sich besonders gewidmet und beschreibt anschaulich die zögerliche Haltung des „offiziellen“ Westberlins und der Westmächte zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 in der DDR. Dabei werden Fragen und Probleme des Arbeiteraufstandes diskutiert und versucht, die Widersprüchlichkeit aufzuzeigen. Sven beleuchtet die Ereignisse aus seiner Sichtweise und äußert eine eigene begründete Meinung.

Dafür herzlichen Glückwunsch an beide.

## **Steffen Reiche**

Minister für Bildung, Jugend und Sport

Wir kommen zu einer weiteren Kategorie, nämlich zum 2. Landespreis im Bereich „Wandzeitung“. Hier kann man herzlich gratulieren Manuel Klapper und Hannes Retzlaff von der Gesamtschule Wilhelmshorst und der Betreuungslehrerin Frau Dr. Kaleck. Eure Arbeit erfüllt die speziellen Anforderungen des Mediums „Wandzeitung“. Interessant ist die Gestaltung: Die Wandzeitung wurde in Form eines Triptychons unter Verwendung der deutschen Nationalfarben angefertigt. Sie zeichnet sich durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Text und Bild aus. Die Bebilderung ist eine sinnvolle Ergänzung des Textes. Die schriftlichen Sequenzen beinhalten markante und prägnante Aussagen zu dem, was am 17. Juni 1953 in dieser Region passiert ist - herzlichen Glückwunsch euch beiden.

Ebenfalls ein 2. Landespreis in derselben Kategorie geht an Lars Strenge von der Europaschule Storkow - herzlichen Glückwunsch, auch für deine Betreuungslehrerin Frau Susanne Wiedemann.

Die vorliegende Arbeit, eine Wandzeitung, ist eine erstaunliche Leistung für einen Schüler der 8. Klasse. Hervorzuheben ist, dass er einen Zeitzegen befragt hat, der seine Sicht auf die Ereignisse um den 17. Juni 1953 schildert und sie in Beziehung zur heutigen Zeit setzt. Außerdem hat der Autor alle Bildunterschriften zweisprachig formuliert. Die Wandzeitung zeichnet sich ferner durch interessante Gestaltungselemente aus.



## **Dr. Herbert Knoblich**

Präsident des Landtages Brandenburg

Weiter geht es mit einem Sonderpreis des Landtages für die Kategorie „Wandzeitung“. Er geht an Kerstin Baronik und Judith Gralki von der Dr. P. Rahn & Partner Schulen in freier Trägerschaft gemeinnützige Schulgesellschaft mbH Fürstenwalde.

Die vorgelegte Arbeit ist Bestandteil eines Jahrgangsjahresprojektes mit dem Titel: „Leben in der DDR: Vom Volksaufstand zum Mauerbau“, und, was hochinteressant ist, dieses Plakat bzw. die Wandzeitung wurde auf eine CD-ROM aufgenommen, also auf ein Medium, das heute den Jugendlichen besonders am Herzen liegt.

Die Autorinnen haben es verstanden, die historischen Bezüge in ihren Ursachen und Auswirkungen gut sichtbar zu machen. Die Texte sind informativ; die Bildauswahl ist schlüssig. Anordnung und Verhältnis der Text- und Bildanteile fördern den Informationsgehalt. Die Quellenangaben sind exakt. Dazu herzlichen Glückwunsch auch an den Betreuungslehrer Herrn Wilfried Bremer.

## **Steffen Reiche**

Minister für Bildung, Jugend und Sport

Wir kommen zu einer anderen Kategorie, nämlich der Kategorie Medien. Hier haben einen 2. Landespreis gewonnen Anne-Katrin Olechnowicz, Folker Lindstedt, Kathleen Klocke, Erik Loges und Bianca Janoska vom Gymnasium Gransee - herzlichen Glückwunsch an euch und an eure Betreuungslehrerin Frau Kirsten Schulz.

Die Möglichkeiten der neuen Medien wurden von den Autoren zur inhaltlichen Umsetzung des Themas hervorragend genutzt. Dabei verknüpfen sie Text-, Audio- und Videosequenzen äußerst geschickt. Die Arbeit zeichnet sich durch eine saubere Recherche und regionalen Bezug aus. Hervorzuheben ist außerdem die bedienerfreundliche Menüführung. Mit ihrer CD-ROM haben sie etwas geschaffen, was man vielen Schulen zum Einsatz im Unterricht, nicht nur in Geschichte, sondern auch in politischer Bildung empfehlen kann. Wir werden über unser medienpädagogisches Zentrum dafür sorgen, wenn ihr erlaubt, dass viele Schulen eure gute Arbeit nutzen können - nochmals herzlichen Glückwunsch.

Der 1. Landespreis in der Kategorie Medien geht an Thomas Griem, Robert Quade, Thomas Kumm und Maria Bartholomäus vom Städtischen Gymnasium Prenzlau. Auch hier ist wieder Herr Jürgen Theil der Betreuungslehrer.

Die Autoren haben die neuen Medien ausgezeichnet genutzt und präsentieren ihre Forschungsergebnisse auf einer CD-ROM. Die Arbeit ist gekennzeichnet durch eine äußerst vielseitige und saubere Recherche und einen hervorragenden Informationsgehalt. Dabei ist ihnen eine sehr gute Mischung methodischer Formen und stilistischer Mittel und eine exzellente inhaltliche Gestaltung gelungen. Mit dieser CD-ROM haben die Schülerinnen und Schüler ein sehr gut einsetzbares Unterrichtsmittel geschaffen. Auch eure CD-ROM werden wir gern anderen Schülerinnen und Schülern im Land zur Verfügung stellen, wenn ihr erlaubt - herzlichen Dank für eure exzellente Arbeit.

### **Dr. Herbert Knoblich**

Präsident des Landtages Brandenburg

Meine Damen und Herren! Vielleicht hatten einige von Ihnen Gelegenheit, vor kurzer Zeit im Filmmuseum dabei zu sein, als ein im Rahmen dieses Schülerwettbewerbs entstandenes Video gezeigt wurde. Hergestellt wurde es von Schülerinnen und Schülern der Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule Potsdam unter der fachkundigen Betreuung von Herrn Ingo Müller. So ein Film, vor allem in diesem Umfang und in dieser Qualität, erfordert natürlich eine Menge Mitarbeiter. Es handelt sich um Stephanie Geidel, Konstantin Streich, Jördis Borak, Marie Schöneburg, Dörte Byl, Janine Ebel, Katja Mittelstedt, Wiebke Hinz, Rebecca Kalisch, Gina Bittrich, Carolyn Grewe, Marie-Louise Haderlein, Robert Kraatz, Andrea Gräning und Stefanie Heinrich.

Das Video zeichnet sich durch eine hervorragende Vermischung von rationalen und emotionalen Elementen aus. Historische Dokumentationen und Zeitzeugenbefragungen ergänzen einander wirkungsvoll. Dabei haben die Autoren eine sehr gute Auswahl ihrer Interviewpartner getroffen. Die Abläufe der Geschehnisse um den 17. Juni 1953 in Berlin und Brandenburg sind interessant dargestellt. Bezüge zur Gegenwart sind ebenfalls hergestellt worden. Die technische Umsetzung der Inhalte ist den Schülerinnen und Schülern sehr gut gelungen. Das Medium wurde in hervorragender Weise genutzt und kann im Unterricht gut eingesetzt werden.

Dafür herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch zum Sonderpreis des Landtages.

Drei Schülerinnen haben das Angebot gemacht, etwas über ihre Art der Spurensuche, die im Zusammenhang mit dem Wettbewerb durchgeführt wurde, zu sagen. Bitte, ihr habt das Wort.

### **Stephanie Geidel**

Schülerin

Wir kommen, wie schon bekannt ist, von der Peter-Joseph-Lenné-Gesamtschule, und wir wollen ganz kurz erzählen, wie wir an das Thema „17. Juni“ herangegangen sind. Wir haben es so gemacht, dass wir ein Video gedreht haben mit dem Titel „Faschistischer Putsch oder Arbeiteraufstand“ und auch von der Schwierigkeit, die Geschichte dingfest zu machen. Dabei ging es uns vor allem darum, ein Schülervideo zu drehen, was vor allem als eine Ergänzung für den Schulunterricht dienen soll und bei dem die Schülerinnen und Schüler einfach Geschichte auf neue bzw. andere Art und Weise erleben sollen und können.

### **Rebecca Kalisch**

Schülerin

Wir arbeiteten in vier Gruppen, die sich in einem Zeitraum von sechs Monaten im und neben dem Unterricht mit ihrem jeweiligen Aufgabenfeld beschäftigten, d. h., wir befragten Politiker und Zeitzeugen und führten eine Straßenbefragung auf der Berliner Karl-Marx-Allee durch. Dazu leisteten wir noch intensive Archivrecherchen. Für uns war es vor allem sehr interessant, die Mehrdimensionalität von Geschichte auf diesem Wege

zu erfahren. Durch die Befragung von verschiedenen Politikern diverser Parteien und durch Zeitzeugen konnten wir einen Einblick in unterschiedliche Erfahrungen gewinnen. Dieses zeigte uns auch, dass diese Art von Unterricht vielleicht einen höheren Lernwert haben kann und vor allem Spaß mit sich bringt.

### **Weitere Schülerin**

Entstanden bei dieser ganzen Sache ist ein Video, das sich durch ein Höchstmaß an Eigen- und Selbstständigkeit auszeichnet, von Schülern für Schüler gemacht. Dieses Projekt gab uns die Möglichkeit zur intensiven Beschäftigung mit einem hoch interessanten und von Widersprüchen gekennzeichneten Ereignis. Wir nahmen aus diesem Projekt viele positive Erfahrungen mit, aber auch vor allem erlangten wir viele weitere Kenntnisse über diesen Tag, der unseres Erachtens nicht in Vergessenheit geraten sollte.





**Befehl des Kreiskommandanten  
des Kreises Prenzlau**

Hiermit erkläre ich für den Kreis Prenzlau  
ab 17. Juni 1953, 14.00 Uhr, den...

**Ausnahme-**

**Zustand**

§ 1

Die Ansammlung von mehr als 3 Personen, sowie Versammlungen, Meetings usw. sind  
verboten.

Der Verkehr, Transport und Publikumsverkehr auf Straßen sowie Handel, und der Besuch  
von Gaststätten und Restaurants ist für die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr verboten.

§ 2

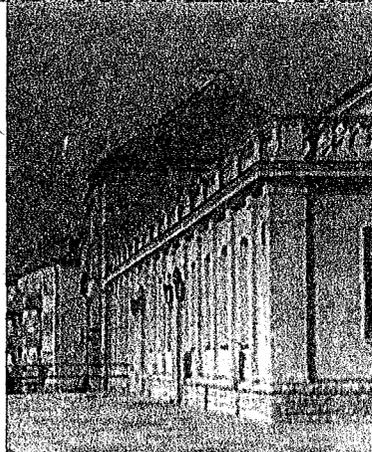
Im Falle von Provokationen, Drohungen und Ausschüßgen gegen die öffentliche Ordnung  
wird von der Waffe Gebrauch gemacht.

Verstöße gegen diesen Befehl werden nach dem Militärgesetz bestraft.

Der Kreiskommandant

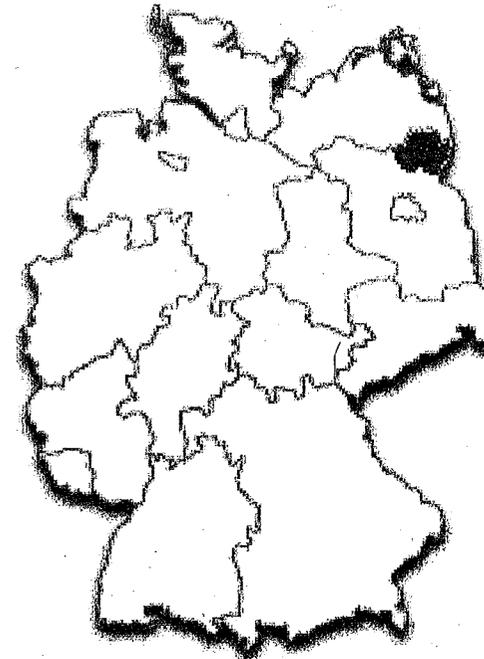
Prenzlau, den 12. Juni 1953.

...



Der 17. Juni 1953  
Eine Spurensuche

Schülerwettbewerb zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes  
am 17. Juni 1953 in der DDR



vorgelegt von:

Harald Schmidt

Martin Müller

Raphael Guschke

Alexander Körber

Betreuer:

Jürgen Theil

Prenzlau, März 2003

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Die Entwicklung der DDR in den 50er Jahren
3. Situation Prenzlau in den 50er Jahren
  - 3.1 Wirtschaftliche Lage am Beispiel der Zuckerfabrik
  - 3.2 Finanzielle Situation
  - 3.3 Versorgungslage - Konsumgenossenschaft in Prenzlau
4. Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953
  - 4.1 Auswirkungen auf Prenzlau
  - 4.2 Bewertung des Aufstandes und heutige Bedeutung
5. Prenzlauer im Konflikt mit dem Staat
  - 5.1 Der Fall Werner A. Flach
  - 5.2 Die Geschichte des Paul Rebenstock
6. Arbeitsbericht
7. Anhang
  - 7.1 Rechenschaftsbericht des Stadtrats aus dem Jahr 1953
  - 7.2 Bezugsberechtigungen
  - 7.3 Zeitungsartikel zum Fall Werner A. Flach

## 1. Einleitung

Der 17. Juni 1953 jährt sich in diesem Jahr zum 50. Mal. Was geschah eigentlich an diesem Tag und wie konnte es zu diesem Arbeiteraufstand in einem „Arbeiter- und Bauernstaat“, der vorgab, die Klasse des Proletariats zu vertreten, überhaupt kommen? Wie hat man die Ereignisse der damaligen Zeit in der DDR und in der BRD bewertet? Wie denkt man heute darüber? Gegen wen bzw. was hat sich der Protest der Arbeiter damals gerichtet? War es ein politischer oder eher sozialer Kampf? Welche Auswirkungen hatte der 17. Juni auf die weitere Entwicklung in der DDR?

Nachdem uns unser Geschichtslehrer Herr Theil vorschlug, an dem Schülerwettbewerb „Der 17. Juni 1953 - eine Spurensuche“ teilzunehmen, waren wir zunächst skeptisch, da die Aufgabenstellung eine regionalgeschichtliche Erforschung des Themas beinhaltete. Der von der SED als „Konterrevolution“ dargestellte Aufstand erfasste zwar über 250 Städte der DDR, jedoch beteiligten sich insgesamt nur 10 % der Arbeitnehmer. Wir hatten daher unsere Zweifel, ob in dem doch eher provinziellen Prenzlau nennenswerte Erhebungen bzw. öffentliche Proteste stattfanden. Wir entschlossen uns dennoch, die Ereignisse im Juni 1953 in Prenzlau aufzuarbeiten. Mit unseren Nachforschungen begannen wir im Stadtarchiv Prenzlau. Das dort gefundene Material in Form von Blockakten und Stadtverordnetenprotokollen enthielt Aussagen zu den politischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen Anfang der 50er Jahre in Prenzlau sowie über die soziale und wirtschaftliche Lage in dieser Region. Wir fanden jedoch kein Wort über einen Aufstand, eine Erhebung, Arbeitsniederlegung oder irgendwelche anderen Protestaktionen, die die Zeit des Juni 1953 betreffen. Dies führte uns zu dem Schluss, dass es entweder keine Aufstände im Kreis Prenzlau gab, oder dass es die Führung verstand, alle Spuren zu verwischen. Um dieser Frage nachzugehen, beschlossen wir, Zeitzeugen zu befragen.

Weiterhin einigten wir uns darauf, den Zeitrahmen auf die fünfziger Jahre auszudehnen, um mögliche Entwicklungen, Ursachen sowie Folgen besser herausarbeiten zu können.

## 2. Die Entwicklung der DDR in den 50er Jahren

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 wurde der endgültige Schritt zur Teilung Deutschlands vollzogen. Er bedeutete aber auch, dass die sowjetische Besatzungsmacht grundlegende Verwaltungsfunktionen über die SBZ an die Vertreter der SED und der mit ihr verbündeten Blockparteien übertrug. Die aus der Volkskongressbewegung hervorgegangene provisorische Regierung der DDR bestand überwiegend aus Kommunisten und Widerstandskämpfern, die z. T. in der Sowjetunion ausgebildet wurden. Eine ähnliche Entwicklung nahm ganz Osteuropa. Die Führung der KPdSU beabsichtigte mit der Gründung der so genannten „Volksdemokratien“, einen Schutzgürtel gegenüber dem westlichen System aufzubauen, ohne jedoch die Vorherrschaft in diesen Satellitenstaaten aufzugeben.

Die SED, welche die alleinige Macht beanspruchte, begann sofort nach der Staatsgründung ihren Herrschaftsbereich unter ständiger Verletzung der Verfassung von 1949

auszubauen. Das zu diesem Zweck 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekämpfte massiv die politische Meinungsvielfalt. Vor allem nach der Wahl Walter Ulbrichts zum Generalsekretär des ZK wurden Säuberungen nun auch innerhalb der SED-Führung und der Regierung vollzogen, so kam es u. a. zur Verhaftung von Georg Dertinger, dem CDU-Vorsitzenden und ersten Außenminister der DDR.<sup>1</sup> Im Zuge der weiteren Stalinisierung setzte ein zunehmender Personenkult ein, und es kam zur Gleichschaltung der Gesellschaft auf fast allen Ebenen. Massenorganisationen wie DFD, FDJ, DSF und FDGB wurden gegründet, in denen die Überwachung der Massen und die Beeinflussung durch linientreue Funktionäre erreicht werden sollten. Nachdem die Macht der SED gefestigt und durch Volkskammerwahlen im Oktober 1950 bestätigt schien, begann man mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus. Die Wahlen in Form der vorliegenden Einheitsliste ließen jedoch keine demokratische Entscheidung zu. Außerdem wurde der erste 5-Jahrplan auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossen. Die zunehmende Zentralisierung zeigte sich auch in der Verwaltung, man löste die fünf Länder auf und schloss die Gemeinden und Kommunen zu 14 Bezirken und 217 Kreisen zusammen, um einerseits eine bessere Kontrolle über die einzelnen Regionen zu haben und andererseits die als überlebt bzw. reaktionär angesehenen bürgerlichen Verwaltungseinheiten endgültig zerstören zu können. Hinzu kommt, dass man mit dem auf der 2. Parteikonferenz beschlossenen „planmäßigen Übergang zum Sozialismus“ auch alle noch vorhandenen bürgerlichen Identitätsmöglichkeiten vernichten wollte. Letzteres sollte den politisch Verantwortlichen nicht sonderlich schwer fallen, da durch die insbesondere nach 1945 vollzogenen Umschichtungsprozesse, die durch Flucht und Vertreibung entstanden, es zu einer Veränderung in der Sozialstruktur kam. Die alten Eliten, Adel und Besitzbürgertum, wurden verdrängt bzw. zerschlagen, und an ihre Stelle traten neue Führungsschichten. Die sich aus zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen zusammensetzende Schar von Bauern erhielt in der Zeit der Bodenreform (September 1945) eine Chance zum Neubeginn. Die SED, die bei ihrer Gründung im April 1946 vorgab<sup>2</sup>, sich für einen demokratischen Neuanfang einzusetzen, ohne das System der Sowjetunion zu kopieren, hat sich von diesem Anspruch immer mehr entfernt, was spätestens im Jahr 1952 deutlich werden sollte.

Durch die immer weiter fortschreitende Kollektivierung in der Landwirtschaft und die stärkere Zentralisierung der Wirtschaft konnten die Engpässe in der Lebensmittelversorgung und der Rohstoffmangel in der Industrie nicht beseitigt werden, im Gegenteil, durch die Zurückdrängung des privaten Sektors kam es zur Verschärfung der Krise. Die SED-Führung versuchte nun, durch eine Erhöhung der Arbeitsnormen und Parolen wie: „Mehr produzieren - besser leben“ die Produktion zu steigern und somit die Krise zu überwinden. Selbstverpflichtungen der Arbeiter sollten dabei die Grundlage für die Steigerung der Arbeitsnormen sein. Diese Maßnahmen riefen jedoch z. T. große Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervor, die nach dem Tod Stalins am 05.03.1953 bei weitem nicht geschlossen hinter der Führung standen.

<sup>1</sup> Jäckel, Hartmut: Georg Dertinger und die Seinen. Wie die DDR ihren ersten Außenminister und dessen Familie in den Fünziger Jahren vernichten wollte, in: Die Zeit, 09/2003.

<sup>2</sup> Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, in: Zückert, Ulrich und Gundula: Eine getrennte Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik von 1945/49 bis 1990, S. 18f.

Aus diesem Grund drängte die KPdSU, die mit Sorge die Veränderungen in der DDR beobachtete, auf einen „Neuen Kurs“, der mehr Konsum und weniger Sozialismus beinhaltete. Viele DDR-Bürger ließen sich jedoch von diesem „Neuen Kurs“ nicht täuschen und flohen in die BRD oder nach Westberlin. 1953 erreichte die Abwanderung mit 331 390 Flüchtlingen ihren Höhepunkt.<sup>3</sup>

Die politische Situation und die Auswirkungen der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz sowie die Arbeitsnormenerhöhungen um 10 % führten zu Unruhen und mündeten schließlich in einem Volksaufstand, der als Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 bekannt wurde. Der Aufstand wurde durch sowjetisches Militär blutig niedergeschlagen.



Abb. 1: Gedenkfeier in Prenzlau zum Tod Stalins (9. März 1953)

Die DDR-Staatsführung bewertete den Aufstand als faschistischen Putschversuch, der durch eingeschleuste westliche Agenten angestiftet und entfacht worden sei. Gleichzeitig beschloss aber das Zentralkomitee (ZK) Preissenkungen für Lebensmittel und Verbrauchsgüter und legte mit dem „Neuen Kurs“ die Aufgaben der Partei (SED) neu fest. Diese Zugeständnisse zeigten, dass die SED-Führung die wirklichen Ursachen z. T.

<sup>3</sup> Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 6. Aufl. Berlin 1997, S. 320.

erkannte. Daraufhin wurde die Staatssicherheit weiter ausgebaut, um den Herrschaftsanspruch der SED zu festigen. In diesem Zusammenhang wurde auch Walter Ulbricht, der von Moskau bereits fallen gelassen wurde, als „Erster Sekretär des ZK der SED“ bestätigt.

Die BRD sah in den Ereignissen des 17. Juni eine „große Bekundung des Freiheitswillen des deutschen Volkes in der Sowjetzone ...“ (K. Adenauer). Dass sich die Verhältnisse nach dem Arbeiteraufstand nur unzureichend verbessert hatten, erkennt man an den anhaltend hohen Flüchtlingszahlen.

So emigrierten allein im Jahr 1954 noch über 184 000 Personen aus der DDR. Viele DDR-Bürger hatten offensichtlich die Hoffnung verloren, dass die Partei- und Staatsführung gewillt ist, tiefgreifende Reformen in Richtung Demokratie durchzuführen.

### 3. Situation Prenzlau in den 50er Jahren

Zu den wohl einschneidendsten Veränderungen und Brüchen, die die Stadt Prenzlau mit ihrer wechselvollen Geschichte erlebte, dürften ohne Zweifel die Kriegereignisse des Zweiten Weltkrieges gehören, die die Stadt in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 in eine Trümmerwüste verwandelten. Etwa 85 Prozent der Stadt wurden zerstört.<sup>4</sup> Das als Ackerbürger- und Garnisonstadt über Jahrhunderte entwickelte Gemeinwesen zerbrach am Größenwahn der Nationalsozialisten. Die neuen Machthaber, die mit ihrer Befreiungstat auch neues Unrecht und Leid säten, setzten in den von ihnen besetzten Gebieten ihre Sonderinteressen durch. Von der nun einzuleitenden Demokratisierung und Entnazifizierung hatten sie ihre eigenen Vorstellungen. So nutzte man schließlich auch die im September 1945 durchgeführte Bodenreform geschickt für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Die ehemals sechs Güter um Prenzlau gingen mit der Bodenreform von 1945<sup>5</sup> an eine Vielzahl von Neubauern. Insgesamt wurden im Kreis Prenzlau 64 746 ha enteignet. Darunter seien 163 Höfe von über 100 ha Größe, fünf Staatsdomänen und 24 Höfe aktiver NS-Mitglieder bzw. Kriegsverbrecher gewesen.<sup>6</sup> Zahlreiche Neubauern konnten sich durch die vollzogene entschädigungslose Enteignung der so genannten Junker eine neue Existenz aufbauen.

Aber auch die Besitz- und Eigentumsverhältnisse in der gewerblichen Produktion bzw. der Industrie änderten sich zunehmend. Prenzlau zählte im Jahr 1950 19 033

<sup>4</sup> Zimmermann, Wilhelm: Zehn Tage im April 1945. Die Zerstörung der Stadt Prenzlau im Zweiten Weltkrieg, Sonderheft der AG für uckermärkische Geschichte und des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau, Hamburg 1992, S.4.

<sup>5</sup> Bernd Maether, Brandenburger Schlösser und Herrenhäuser 1945-1952, Brandenburgische Historische Hefte 12, hrsg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Berlin 1999, S. 47ff.

<sup>6</sup> Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Prenzlau, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Prenzlau der SED, S. 43.

Einwohner. Die meisten arbeitsfähigen Frauen und Männer gingen einer Beschäftigung in der Industrie, dem Handwerk oder dem Dienstleistungsgewerbe nach. Es gab 5,3 % Selbstständige, 8,8 % Angestellte und 21,1% Arbeiter<sup>7</sup>, wobei die Zahl der Selbstständigen im Zuge der Zentralisierung der Wirtschaft nach der 2. Parteikonferenz (1952) gegen Null strebte und die Zahl der Arbeiter und Angestellten sich bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung erhöhte. Zeitgleich begann auch in Prenzlau die Kollektivierung, die zahlreiche Bauern zur Flucht veranlasste.

Die Genossen konnten am 9. März 1960 vermelden, dass der Kreis Prenzlau vollgenossenschaftlich war.<sup>8</sup>

Selbst in der Stadt Prenzlau ist in dieser Zeit eine LPG Typ III mit 147 Mitgliedern und 746 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entstanden.<sup>9</sup>

Die „Rote Kaserne“ in der Karl-Marx-Straße war seit 1949 mit der Kasernierten Volkspolizei und sowjetischen Besatzern belegt.<sup>10</sup>

Von den 2 153 Wohnhäusern, die Prenzlau vor dem Krieg zählte, waren inzwischen wieder 1 235 bewohnbar.<sup>11</sup> Dennoch waren die meisten der ca. 320 Arbeiter der Handwerksbetriebe noch immer fast ausschließlich mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Zu den wichtigsten Industriebetrieben zählten der Baubetrieb Hoch-Tiefbau Nordost mit ca. 500 Beschäftigten, die Zuckerfabrik<sup>12</sup> mit saisonal bis zu 800 Mitarbeitern, die Eisengießerei Hoffmann mit 230 Angestellten sowie 9 Baugesellschaften mit insgesamt 180 Beschäftigten. Außerdem wurden im kommunalen Wirtschaftsbereich der Stadt ca. 160 Mitarbeiter beschäftigt.

<sup>7</sup> Wie Anm. 1.

<sup>8</sup> Prenzlau - Hauptstadt der Uckermark (1234-1984). Ein bürgerliches deutsches Lesebuch, hrsg. vom Heimatkreis Prenzlau, 2. Auflage Hamburg 1987, S. 485.

<sup>9</sup> Enders, Lieselott: Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VIII Uckermark, Weimar 1986, S. 791.

<sup>10</sup> Lohmann, Margit: Von der Roten Kaserne zum neuen Kreishaus. Chronik einer Verwandlung, Berlin 1999, S. 15.

<sup>11</sup> Wie Anm. 1.

<sup>12</sup> Die Zuckerfabrik, die Uckermärker Brauerei-Betriebsgenossenschaft und die Eisengießerei Hoffmann wurden bereits am 23.04.1948 auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 76 zu einer VVB („Vereinigung Volkseigener Betriebe“) umgewandelt.

Prenzlau unterhielt ein E-Werk, ein Gaswerk, ein Wasserwerk und eine Kläranlage, eine Warmbadeanstalt, eine Seebadeanstalt, ein Volkstheater sowie einen Stadtfriedhof und einen Fuhrpark mit einer Maschinen-Ausleih-Station (MAS), Leihwerkstatt und Station.

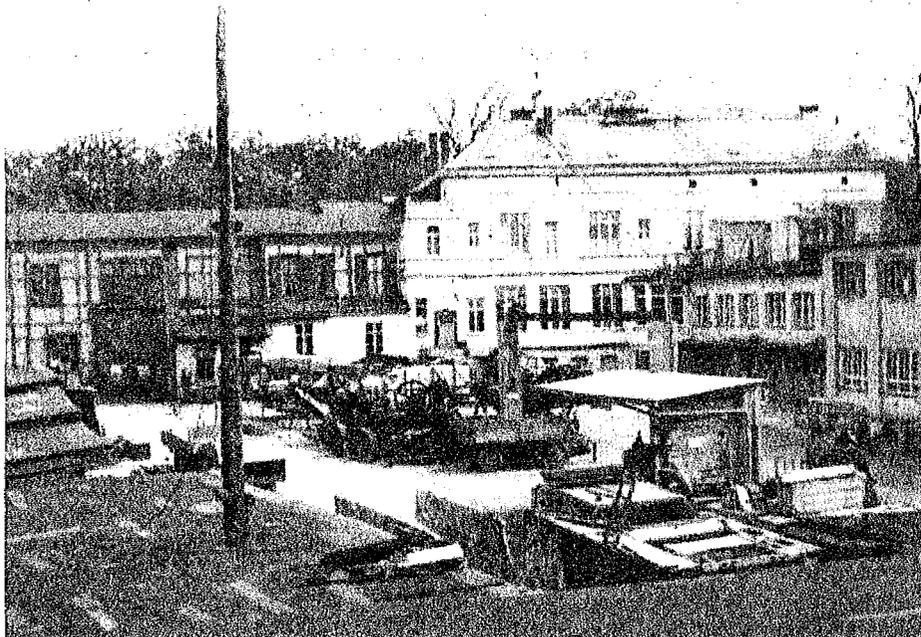


Abb. 2: Maschinenausleihstation Prenzlau

Als das ZK im Juli 1952 das Gesetz über die Aufteilung der Länder in 14 Bezirke und 217 Kreise verabschiedete, wurde Prenzlau als Kreisstadt dem Bezirk Neubrandenburg angegliedert. Das Gebiet des Kreises wurde stark verkleinert, wodurch Prenzlau die einzige Stadt im Kreis war.<sup>13</sup>

Bürgermeister war seit 1950 Karl Bitter (SED). Er hatte u. a. die Aufgabe, nach dem Einheitsvorschlag der SED-Führung zusammen mit dem Stadtrat einen Stadtwirtschaftsplan zu erstellen. Wie aus den Stadtakten hervorgeht, konnte dieser Plan 1953 mit hundertprozentiger Erfüllung realisiert werden, wobei das quartalsmäßige Ziel vom 01.07. schon im Mai erreicht wurde.

<sup>13</sup> Ungedruckte Materialsammlung des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau.

Schwerpunkte des Stadtwirtschaftsplans waren die Erfüllung des Haushaltsplans und der Wiederaufbau der Stadt. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sollte sich möglichst rasch „normalisieren“. Dazu gehörte auch die Instandsetzung der angeschlagenen Infrastruktur. So wurden ab 1950 der Bahnhof und die Lindenschule wiederhergestellt. Zwei Jahre später wurde der Grundstein für die Poliklinik gelegt. Außerdem wurde im Stadtrat über einen Wohnungsbauplan sowie den Wiederaufbau des Rathauses, den Bau des Kulturhauses und des Kindergartens diskutiert. Von allen Seiten wurden große Anstrengungen unternommen, um das Leben wieder lebenswert zu machen. Und dazu gehörte natürlich auch der Bereich der Kultur. Der von der Stadt unterstützte Puschkinchor der Einheitsschule Prenzlau, der 1949 in Leipzig eine Auszeichnung als „Beste Schulchor der Ostzone“<sup>14</sup> erhielt, war auch bei zahlreichen Kulturveranstaltungen der Stadt präsent.

Die Versorgungslage war jedoch weiterhin deutlich schlechter als in der BRD, die durch Marshallplanhilfe und geringere Reparationslasten einen raschen wirtschaftlichen Aufstieg schaffte. So wurden in der DDR die Lebensmittelkarten offiziell erst 1958 abgeschafft (siehe Anhang 2). Die Qualität und Vielfalt der in den Konsumverkaufsstellen und den HO-Läden angebotenen Waren ließ oft zu wünschen übrig. Hinzu kam, dass die in den neu errichteten HO-Läden angebotenen Waren aufgrund der hohen Preise unerschwinglich waren. Auch die Wohnverhältnisse waren immer noch unzureichend. Erst 1959 wurden neue Wohnblöcke in der bis dahin nicht wiederaufgebauten Steinstraße und der Baustraße im Stadtzentrum errichtet.<sup>15</sup>

### 3.1. Wirtschaftliche Lage am Beispiel der Zuckerfabrik

Bei unserer Arbeit im Stadtarchiv stießen wir auf verschiedene Fabriken und Firmen, die in den 1950er Jahren den Prenzlauer Bürgern Arbeit gaben. Da die Zuckerfabrik, die saisonabhängig bis zu 800 Menschen Arbeit bot, 1953 der größte Betrieb der Stadt Prenzlau war, gingen wir davon aus, dass wir bei unserer Suche nach aussagekräftigen Fakten zur Wirtschaftslage und zu den unmittelbaren Auswirkungen der Normerhöhungen hier am ehesten fündig werden würden. Unser Zeitzeuge Hans Rammoser war 1953 in seinem letzten Lehrjahr zum Zuckerfacharbeiter und konnte uns durch seine Recherchen zur Geschichte der Zuckerfabrik mit Rat und Tat zur Seite stehen. Im Folgenden werden Informationen über die Zustände in der Zuckerfabrik und die Lebens- und Wohnverhältnisse der Angestellten dargelegt. Es soll aber nicht der Eindruck einer bloßen Interview-Wiedergabe entstehen - Herr Rammoser hat uns auch auf weitere Quellen gebracht, und somit konnten wir uns einen sehr guten Gesamtüberblick über die Zustände in der Prenzlauer Zuckerfabrik zu Beginn der 1950er Jahre machen.

<sup>14</sup> Ungedruckte Schulchronik der Einheitsschule (heute Städtisches Gymnasium).

<sup>15</sup> Blockakte vom 14. Nov. 1952 - 16. Nov. 1956 Protokolle der Stadtratssitzungen.

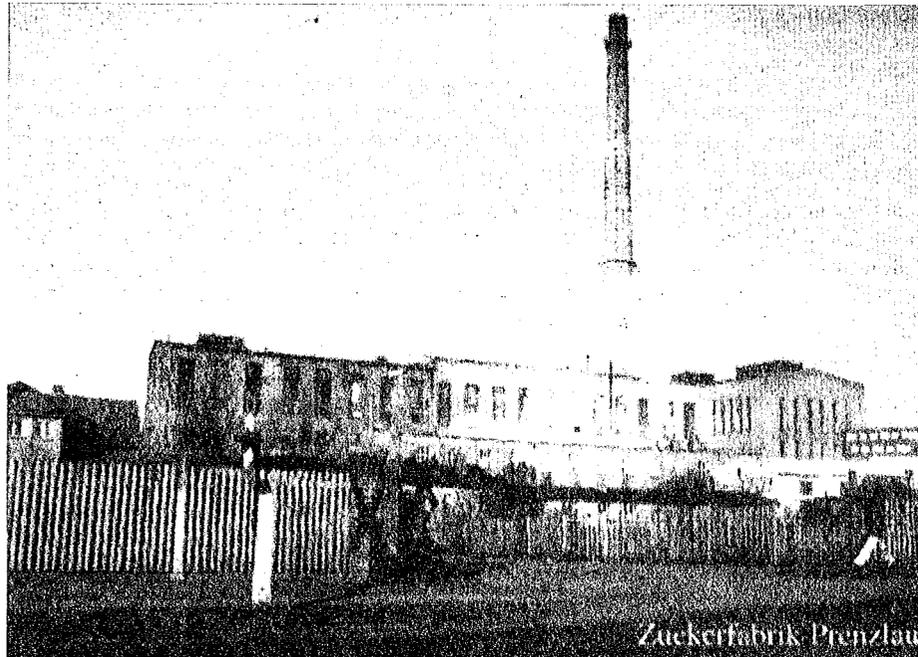


Abb. 3: Zuckerfabrik Prenzlau (1973)

#### Zur Person Hans Rammoser

Name, Vorname: Rammoser, Hans  
 Geb. am: 04.06.1932  
 Geb. in: Prenzlau  
 Aktueller Wohnort: Prenzlau

Politische Aktivitäten: 1969 der SED beigetreten,  
 1989 von der PDS übernommen  
 und 1992 ausgetreten



Abb. 4: Hans Rammoser

#### Die Prenzlauer Zuckerfabrik in den 50er Jahren

In den letzten Kriegstagen 1945 wurde die Prenzlauer Innenstadt und somit auch die Infrastruktur und die Wirtschaftsstandorte zu ca. 85 % zerstört - die einzig nennenswerte Ausnahme war die Zuckerfabrik am Rand der Stadt, welche von Kriegsschäden verschont blieb. Um das Leben in Prenzlau wieder zu ermöglichen, beschloss die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) im Sommer 1945, dass die Produktion in der Zuckerfabrik schon in der nächsten Kampagne (der Herbst war für die Zuckerherstellung die eigentliche Produktionsphase) voll anlaufen solle. Die Anlagen der Zuckerfabrik mussten aber nicht nur mit Hilfe der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Angestellten der Prenzlauer Baubetriebe auf den kommenden Herbst vorbereitet werden, es stellten sich auch andere Probleme ein:

Ein Protokoll der sowjetischen Stadtkommandantur<sup>16</sup> vom 13. August 1945 gibt Auskunft darüber, dass dem Besitzer der Zuckerfabrik Paul Arndt mehrere notwendige Produktionsmittel wie Kohle, Kalkstein, Filterstoffe und Treibriemen für die Dampfmaschinen fehlten. Aber durch die gute Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Stadtkommandanten Prenzlau, dem SMAD-General Sokulow und Paul Arndt konnten diese Probleme bewältigt werden. Doch es ergab sich ein noch viel schwerer wiegendes Problem für den Anlauf der Kampagne: Zur Zuckerherstellung wird, neben Zuckerrüben auch Kohle zum Kochen der Rübensäfte benötigt. Ein damaliger Arbeiter der Zuckerfabrik, Willi Mundt, berichtet über den Transport der Rüben: „Anfangs schien es fast unmöglich, Zuckerrüben zur Fabrik zu bekommen. Es fehlte an Fahrzeugen sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Ich war zu diesem Zeitpunkt Heizer in der Fabrik. Eines Tages im November wurde ich aufgefordert, mit sowjetischen Offizieren und Soldaten Zuckerrüben heranzufahren. Morgens meldete ich mich beim Landratsamt. Mit 20 LKW der Sowjetarmee fuhren wir nach Woddow bei Brüssow. Siedler und Landarbeiter beluden die Fahrzeuge und am Nachmittag waren wir auf dem Fabrikhof. Am anderen Tag wurde die Anfuhr fortgesetzt.“<sup>17</sup>

Die Kohlenbereitstellung gestaltete sich insofern schwierig, als dass die Zuckerfabrik Prenzlau nicht, wie sonst bei vergleichbaren Betrieben üblich, in der Nähe großer Braunkohlevorkommen lag. Die Zuckerrüben - und Kohleanfuhr erfolgte durch die Reichsbahn, jedoch eine kontinuierliche Belieferung mit Kohle war aus Kapazitätsgründen nicht möglich, was zu häufigen Betriebsstillständen führte. In den ersten Nachkriegsjahren wurden nach und nach die anfänglichen Probleme immer besser überwunden, und nachdem die Zuckerfabrik am 18. April 1948 in Volkseigentum umgewandelt und der Besitzer enteignet wurde, wurden die Anlagen nun auch mit staatlichen Subventionen erweitert und erneuert. Die Zuckerfabrik avancierte zum größten Arbeitgeber der Stadt, in der Kampagne von 1948 waren 800 Menschen im Dreischicht-System beschäftigt. Ein Teil der Personen war nicht einmal gelernter Zuckereacharbeiter,

<sup>16</sup> Archiv der Kreisleitung der SED in Prenzlau, Protokoll der sowjetischen Stadtkommandantur Prenzlau vom 13.08.1945.

<sup>17</sup> Mundt, Willi: Erinnerungen eines Arbeiterveteranen über LKW-Zuckerrübenanfuhr durch die Sowjetarmee im Herbst 1945.

sondern stammte aus den Baubetrieben der Stadt und konnte dadurch in der Zeit, in der das Bauen nicht möglich war (im Winter), Geld dazu verdienen. Unter Hans Mempel, dem zweiten Leiter der Zuckerfabrik nach der Umwandlung in Volkseigentum, hielt dann der technische Fortschritt Einzug in die Zuckerfabrik: Die seit 1894, also 20 Jahre nach der Gründung, überwiegend benutzten Dampfmaschinen zum Antrieb der Maschinen wurden ab 1950 immer mehr durch elektrische Antriebseinheiten ersetzt. Auch setzte man sich unter Mempel mehr für das Wohl der Arbeiter ein; es fanden sich während der Wintermonate nicht nur Bauarbeiter bei der Zuckerproduktion, auch waren bis ca. 1955 noch ein Schneider, ein Herrenfriseur und ein Schuhmacher in der Zuckerfabrik beschäftigt. Sie erleichterten den Arbeitern ebenso das Alltagsleben wie der Kindergarten „Tivoli“ (1946 - 1951), die auf dem Gelände der Zuckerfabrik befindliche Konsumverkaufsstelle (1948 - 1958), die erste Betriebsarztstelle mit Arztprechstunde zur Betreuung der Werktätigen (1948 - 1990) oder die neu eingeführte und nahezu bis zur Wiedervereinigung 1989 vorhandene Kantine, welche den körperlich stark belasteten Zuckerfacharbeitern kostengünstige Angebote ermöglichte.<sup>18</sup> Die technischen Neuerungen, welche Mempel einführte, verringerten zwar einerseits die schwere körperliche Belastung, doch durch eine fortschreitende Rationalisierung wurden auch immer weniger Arbeitskräfte während der Kampagne benötigt: So waren zur Kampagne 1952 nur noch 450 Personen angestellt. Hierzu muss man sagen, dass die Zahl der benötigten Saisonkräfte (z. B. Bauarbeiter während der Wintermonate) stärker abnahm als die Zahl der Festangestellten - die meisten Festangestellten hatten nicht nur eine Ausbildung zum Zuckerfacharbeiter oder zum Zuckersiedemeister, sondern auch noch eine zweite abgeschlossene Lehre (z. B. als Maschinenschlosser, Elektriker, Maurer o. ä.).

Die durch das Planwirtschaftsprinzip notwendigen Produktionszahlen - beispielsweise die während einer Kampagne verarbeitete Menge der Zuckerrüben und die daraus gewonnenen Mengen an Roh- und Weißzucker - wurden in der Zuckerfabrik Prenzlau unter Absprache mit den Arbeitern erstellt und dadurch immer mehr optimiert. Diese Absprache funktionierte so gesehen sehr gut, jedoch hatte sie auch merkwürdige Auswüchse: So wurde beispielsweise einmal der Versuch unternommen, die Zeit, welche zur (immer mal wieder anfallenden) Reparatur einer Zentrifuge oder eines Zuckerkochkessels benötigt wurde, schriftlich vorzugeben.

Doch auch in den fünfziger Jahren blieb die Zuckerfabrik der größte Betrieb und Arbeitgeber in der Stadt Prenzlau, neue Gebäude und technische Erweiterungen (auch nach 1955) ließen somit immer höhere Produktionsvorgaben zu und die Zuckerfabrik zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort im Altkreis Prenzlau und sogar im Bezirk Neubrandenburg werden.

### 3.2 Finanzielle Situation

Aus der Sicht der politisch Verantwortlichen war 1952 die finanzielle Lage des Kreises Prenzlau gesichert. Der Haushaltsplan von 1952 sah „zur Aufrechterhaltung und weiteren Demokratisierung des politischen,

<sup>18</sup> Rammoser, Hans: Die Geschichte der Zuckerfabrik; Interview mit Hans Rammoser.

wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sowie Festigung des Staatsapparates (...) in seinen Ausgaben 1 345 000 DM\* vor.“<sup>19</sup>

Man erfüllte die geplanten Ausgaben zu 88,6%, wodurch ein Überschuss von 153 249 DM erwirtschaftet wurde (siehe Anhang 1).

Diese Gelder wurden für soziale und kulturelle Zwecke verwendet, z. B. für Baumaterialien für die Errichtung des Kulturraumes des Kulturaktives „Ernst Thälmann“ oder für die kulturelle Ausstattung der vier Kindergärten und den Kinderhort. Des Weiteren konnten 13.069,08 DM dem Haushaltsplan aus dem Erlös für Schrott und Mauersteine zugeführt werden. Auch im Jahr 1953 wurde der Haushaltsplan erfüllt. 110,6 % Einnahmen standen Ausgaben von 108 % gegenüber.

Durch diese überplanmäßigen Einnahmen im Rahmen des Haushaltsplanes der Stadt Prenzlau standen zusätzlich 165.000 DM zur Verfügung, welche für kulturelle und wirtschaftliche Maßnahmen aufgewendet wurden. Außerdem wurden zusätzliche Mittel für Kindertagesstätten und zur Verbesserung der Verpflegung der Bevölkerung bereitgestellt. Die Übererfüllung des Haushaltsplanes wurde auf die gute Mitarbeit „der breiten Schichten unserer Bevölkerung“ und die gute Wirtschaftlichkeit der Betriebe zurückgeführt. Dennoch stand sie in einem krassen Widerspruch zur tatsächlichen Lebenslage und Unterversorgung.

Durch den Neuen Kurs wurden Maßnahmen beschlossen, die durch Einsparungen in der Wirtschaft und eine zeitgleiche Arbeitsnormerhöhung die Lebenslage der Bevölkerung verbessern sollten.

Auch für das Jahr 1954 wurden neue Einsparungsmaßnahmen durch das Zentralkomitee beschlossen. Das Sitzungsprotokoll des Stadtrates vom 24.11.1953 enthält folgende Aussage über das Sparprogramm für 1954: „Im Zuge der Durchführung der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik werden im Bereich des Rates der Stadt Prenzlau Sparmaßnahmen durchgeführt, welche wiederum für die Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lage ihre Verwendung finden. Aufgrund der bestehenden Verordnung der Regierung der DDR wird dieses Sparprogramm, welches sich in 4 Abschnitte unterteilt, als Gesetz erhoben und ist wie folgt durchzuführen.“ Der Abschnitt A sah Einsparungen in der volkseigenen Wirtschaft von 10.222 DM vor, der Abschnitt B, welcher Kürzungen im kulturellen Sektor beinhaltete, wurde gestrichen. Im folgendem Abschnitt C wurden weitere allgemeine Einsparungen in Höhe von 18 210 DM festgelegt. Des Weiteren gab es einen Abschnitt D, welcher die Gemeindesteuern mit 44 000 DM einschloss und den Abschnitt E, der Mehreinnahmen von 69 510 DM vorgab. Insgesamt wollte man durch diesen Plan 141 942 DM Einsparungen erhalten und sie zum „Wohle der Allgemeinheit“ einsetzen.

<sup>19</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil I, Seite 21.

\* Bis 31. Mai 1964 lautete die offizielle Bezeichnung der Währung der DDR ebenfalls Deutsche Mark (DM).

### 3.3 Versorgungslage - Konsumgenossenschaft in Prenzlau

#### Konsumgenossenschaften

In den fünfziger Jahren war die Lebenslage in der DDR für die Bürger relativ schlecht. Die SED-Führung versuchte mit ihren Wohlstandsversprechen, wie z. B.: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, die Bevölkerung zum Konsumverzicht aufzufordern. Doch angesichts des 1948 einsetzenden westdeutschen „Wirtschaftswunders“ führte dies zu starken Interessenkonflikten im Osten Deutschlands.

Zudem konnten die DDR-Bürger noch bis zum Mauerbau 1961 den Konsumvergleich zwischen Ost und West selbst durchführen, welches zur Folge hatte, dass immer mehr Zweifel an dem planwirtschaftlichen System der DDR aufkamen.

Dieser Entwicklung versuchte die SED entgegen zu wirken, in dem sie 1948 staatliche Handelsorganisationen (HO) gründete. Diese HO-Läden sahen für östliche Verhältnisse sehr westlich aus und galten als der „kleine Westen im Osten“.

Weiterhin wurden die schon im 19. Jahrhundert entstandenen Interessengemeinschaften der Verbraucher, die Konsumgenossenschaften (KG), wieder zum Leben erweckt. Diese sollten hauptsächlich die Versorgung mit Konsumgütern in ländlichen Gebieten absichern und verbessern. Die Aufgaben der KG umfassten die Herstellung, den Transport und den Verkauf der Produkte. Um dies planen und realisieren zu können, wurden einzelne Betriebe wie z. B. Bäckereien oder Fleischereien zusammengefasst.

Die Produktion wurde bereits komplett im Voraus geplant (5-Jahresplan), und es wurden für jeden Betrieb Produktionsmengen (Kennziffern) festgelegt, um so die Versorgungsengpässe zu beseitigen. Doch die Geschichte zeigt uns, dass diese Kennziffern kaum erreicht wurden und oft nach unten korrigiert werden mussten, weiterhin wurden die Engpässe in der Versorgung nie vollständig beseitigt. Die Konsumgenossenschaften existierten bis zur Wiedervereinigung weiter.

#### Kreiskonsumgenossenschaft in Prenzlau

Wie in der gesamten DDR, so wurde auch im Altkreis Prenzlau eine Konsumgenossenschaft geschaffen. Dies geschah in den Jahren 1951 und 1952. Diese Genossenschaft sollte die Versorgungslage in Prenzlau und in der ländlichen Umgebung verbessern. Dazu wurden zunächst Kleinbetriebe zusammengefasst und die Produktionsbetriebe, z. B. Bäckerei und Fleischerei und die Verkaufsgeschäfte zu einer Genossenschaft mit zentraler Verwaltung und Planung zusammengeschlossen. Durch diese Umstrukturierungen erhofften sich die Teilnehmer der außerordentlichen Generalversammlungen und der 1. Gründungsversammlung eine Verbesserung der Versorgung, der Qualität und der Angebotsvielfalt. Um diese Vorstellungen schneller und besser voranzutreiben, standen die einzelnen Betriebe im Wettkampf untereinander. So auch im Fall der Bäckereien, die sich selbst verpflichteten: „Einen innerbetrieblichen Wettbewerb unter den einzelnen

Konsum-Bäckereien durchzuführen, der in erster Linie eine Verbesserung der Qualität der Backwaren und damit eine Steigerung des Umsatzes der Bäckereien zur Folge haben wird.“<sup>20</sup>



Abb. 5: Tagung der Prenzlauer Konsumgenossenschaften 1953

Weiterhin wurden auf diesen Versammlungen weitere Selbstverpflichtungen einzelner Personen und Betriebe übernommen, ihre Beteiligungen und Produktion zu steigern, so z. B. auch Richard Nürnberg: „Zu Ehren der Gründungsversammlung verpflichte ich mich, mein Geschäftsanteil von 50,- auf 75,- DM zu erhöhen“, oder Erich Zühlke: „Als Lagerhalter im Warenhaus verpflichte ich mich, sämtliche Spielwaren in ordnungsmäßigem und heilen Zustand an die Spielwarenabteilung auszugeben.“<sup>21</sup>

Die Genossenschaft war ständig darauf bedacht, ihren Einflussbereich zu festigen: „Sie fordert alle ehrenamtlichen Funktionäre auf, im verstärkten Maße an den Lehrgängen unserer Konsumschulen teilzunehmen und somit unsere Konsumgenossenschaft zu einer wirklichen kämpferischen Massenorganisation zu entwickeln.“<sup>22</sup> Aus diesem Grund ermutigte man die Genossen, neue Mitglieder zu werben: „Die Heranbildung neuer Kader innerhalb der KG ist eine sehr wichtige Aufgabe.“<sup>23</sup> Außerdem befasste man sich auch mit der Werbung junger Leute (FDJ): „Die verantwortlichen Funktionäre der Abt.

<sup>20</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil I, Seite 21.

<sup>21</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil I, Seite 18.

<sup>22</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil III, Seite 8.

<sup>23</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil III, Seite 10.

Kader und Schulung sollten sich mehr mit dem Gesetz zur Förderung der Jugend beschäftigen. Desgleichen sollte man sich mit der Schaffung eines FDJ-Raumes befassen, denn auch hierdurch könnte die Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Kaderentwicklung erreicht werden.“<sup>24</sup>

Die SED-Führung konnte durch diese Genossenschaften großen Einfluss auf das Volk nehmen und so mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus beginnen.

Durch die Konsumgenossenschaften wurde nicht nur wirtschaftlicher Einfluss auf das Volk genommen, sondern auch politischer. In den Reden der einzelnen Genossen bei den Versammlungen wurde die USA oft als Kriegshetzer gegen die sozialistischen Staaten bezeichnet: „Angesichts der drohenden Gefahr eines neuen Krieges, den die anglo-amerikanischen Imperialisten mit ihren westdeutschen Helfershelfern vom Zaune brechen wollen, ist der nationale Befreiungskampf des deutschen Volkes härter geworden.“<sup>25</sup> Aus der Geschichte heraus wissen wir jedoch, dass diese kriegerische Haltung auf Gegenseitigkeit beruhte und so zum „Kalten Krieg“ führte.

Doch die SED proklamierte weiterhin, dass sie auf Frieden aus sei und die Volkspolizei nur zum Schutz und zur Verteidigung geschaffen wurde: „Wir wissen, dass unsere Volkspolizei nicht geschaffen ist, um fremde Völker und Nationen zu unterdrücken, sondern um unsere demokratischen Errungenschaften vor den Angriffen und Provokationen westlicher Imperialisten zu schützen.“<sup>26</sup>

Die angestrebten Ziele der SED, wie z. B. die Verbesserung der Versorgungslage auf Westniveau, konnten nie erreicht werden. Gründe dafür sind Fehlplanungen, fehlende Marktforschung oder unzureichend geschultes Personal. Aus diesen Gründen kam es auch zur Aufstellung unrealistischer Normpläne, die zu Unmut in der Gesellschaft führten und später auch den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 auslösen sollten.

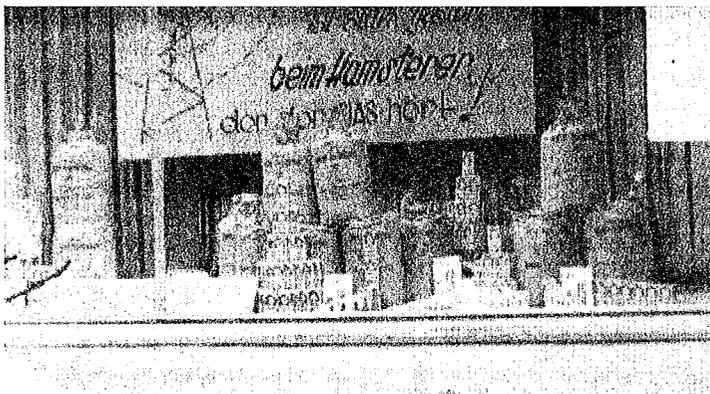


Abb. 6: Propagandaaufruf in Prenzlauer Schaufenstern 1953

<sup>24</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil III, Seite 10.

<sup>25</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952: Teil I, Seite 26.

<sup>26</sup> Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952: Teil IV, Seite 35.

#### 4. Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953

Die Lage in der DDR war im Frühjahr 1953 durch die sich vollziehende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und Fehlentwicklungen in der Wirtschaft, welche sich an dem Vorbild der rückständigen UdSSR orientierte, sowie durch überzogene Zielvorstellungen der SED äußerst brisant. Hinzu kam, dass neben der mangelhaften Versorgungslage die Preise für Lebensmittel angehoben wurden. Außerdem nahm der staatliche Terror gegen Regimegegner zu und die ideologische Ausbildung der Funktionäre aber auch der Arbeiter war wichtiger als deren Sachverstand.<sup>27</sup>



Abb. 7: Ausschreitungen am Potsdamer Platz

Auf Druck der KPdSU verabschiedete die SED am 11. Juni 1953 den „Neuen Kurs“, mit dem man Fehler eingestand, um der Unzufriedenheit in der Bevölkerung entgegenzuwirken. Es wurden Preissenkungen für Lebensmittel beschlossen und der Umgangstil der Regierung mit der Bevölkerung<sup>28</sup> sollte verbessert werden. Die zehnprozentige Arbeitsnormerhöhung, welche vor allem die Arbeiter traf, wurde jedoch nicht zurückgenommen.

Dadurch kam es am 16. Juni zu ersten Arbeitsniederlegungen und Streiks von Arbeitern in der Berliner Stalinallee, der Prachtstraße des „Arbeiter und Bauernstaates“. Die Streikenden forderten die sofortige Zurücknahme der überhöhten Arbeitsnormen und formulierten eine Generalstreikparole.

<sup>27</sup> Informationen zur politischen Bildung, Nr. 231, Geschichte der DDR, S. 13.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 14.

Aus diesem ersten Demonstrationmarsch entwickelte sich am 17. Juni ein, von vor allem durch Arbeiter getragener, Aufstand. Es wurden zunächst nur wirtschaftliche und soziale Forderungen gestellt, die im Kern immer wieder auf die als völlig ungerecht empfundenen Normerhöhungen abzielten. Die Krise innerhalb der verfehlten Wirtschaftspolitik sollte nicht einseitig auf den Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. Im weiteren Verlauf wurden jedoch auch Forderungen nach freien Wahlen und Absetzung der Regierung laut. Die SED-Führung stand dieser Situation machtlos gegenüber. So sah sich die Sowjetunion verpflichtet, zum Schutz des Ostblocks und der Erhaltung des Systems, militärisch einzugreifen. Sie beendete den Aufstand in Ostberlin gewaltsam. Dazu hatte sie in Ostberlin und in weiten Teilen der DDR ab 13.00 Uhr den Ausnahmezustand verhängt. Es wurden Ansammlungen von mehr als drei Personen untersagt und eine zeitlich begrenzte Ausgangssperre verhängt.

Die Ereignisse in Berlin wurden durch westliche Medien in der gesamten DDR verbreitet. Es kam zwischen dem 17. bis 21. Juni in über 560 ostdeutschen Städten zu Streiks, wobei Hauptbrennpunkte die Industriezentren Berlin, Magdeburg, Jena und Brandenburg waren.<sup>29</sup>

Über 1 200 Menschen wurden vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) festgenommen und verurteilt, darunter waren zwei Todesurteile und drei lebenslängliche Haftstrafen<sup>30</sup>, außerdem kam es zu 17 standrechtlichen Erschießungen durch die Sowjetarmee.

#### 4.1 Auswirkungen auf Prenzlau

Der Aktenlage nach hat es keine Streikbewegungen in Prenzlau gegeben. Grund dafür könnte die geringe Industrieansiedlung und damit fehlende Massenbasis sowie eine relativ desinformierte Bevölkerung sein. Oder aber, was naheliegender erscheint, es wurde bewusst nichts von einem Aufstand o. ä. berichtet, um auch nur geringste Zweifel an dem in Frage gestellten Machtanspruch der SED zu unterdrücken. Dafür spricht auch, dass die schon öffentlich gewordenen Aufstände von der DDR - Regierung als vom „Westen gelenkte faschistische Putschversuche“ gewertet wurden.

Ein Prenzlauer Arbeiter gab in der parteigelenkten Lokalpresse an, er habe sich damals nicht so sehr um Politik, sondern eher um Alltagsprobleme gekümmert. Ein anderer Zeitzeuge berichtete von ausfallenden Bahnverbindungen vom 17. bis 18. Juni 53. Diesen Aussagen widerspricht die Darstellung eines Prenzlauer Bauarbeiters, der namentlich nicht genannt werden möchte:

„Zu diesem Zeitpunkt war ich Zimmererlehrling beim VEB Bau-Union Nordost und auf der Wohnungsbaustelle der NVA in Prenzlau, Angermünder Straße (ehemals Millionenviertel) tätig. Auf dieser Baustelle, die den Charakter einer Großbaustelle hatte, gab es eine Konzentration von Bauarbeitern (ca. 100 Personen). Viele der Bauarbeiter kamen aus den südlichen Bezirken, vorwiegend aus dem Raum

Dresden. In den Tagen um den 17.06.1953 gab es des öfteren Gespräche darüber, dass in Berlin u. a. Großstädten gestreikt wird, Demonstrationen stattfinden sowie Brandstiftungen, Plünderungen usw. durchgeführt werden. Abgeleiteter Gesprächsstoff auf unserer Baustelle waren vereinzelt Forderungen nach mehr Lohn und Abschaffung der Arbeitsnormen. Politische Forderungen zum Sturz der Regierung u. ä. sind mir nicht bekannt geworden.

Es gab auf der Baustelle einige kurze Arbeitsniederlegungen, in einem Fall wurden Strohballen angezündet. Während des Zeitpunktes der Ereignisse des 17. Juni 1953 wurde durch die Regierung der Ausnahmezustand beschlossen, der u. a. durch die Sowjetarmee überwacht wurde. Ausnahmezustand hieß u. a. Versammlungsverbot, es durften nicht mehr als drei Personen in einer Gruppe stehen und es herrschte eine Ausgangssperre, an die ich mich noch gut erinnern kann.

Einige Tage nach dem 17.06., von 20.00 Uhr abends - 6.00 Uhr früh war Ausgangssperre, war ich zum Besuch von Verwandten in die Kleingartenanlage Triftstraße (heute gegenüber Opel - Autohaus) gegangen. Nach meiner Arbeit im Garten und einer sich anschließenden Unterhaltung merkten wir plötzlich, dass es schon kurz vor 20.00 Uhr war, also kurz vor Ausgangsverbot. Das Ausgangsverbot wurde streng von fahrenden Patrouillen der sowjetischen Besatzungstruppen, z. B. Panzer-spähwagen mit aufgebautem Maschinengewehr überwacht. Jeder hatte Angst, geschnappt und bestraft zu werden. Ich musste an diesem Abend zu meiner Wohnung in die Parkstraße (heute R.-Luxemburg-Straße). Auf Schleichwegen (hinter der Bahnlinie Brüssower-Straße) und mit Herzklopfen bin ich unverseht zu Hause angekommen.“<sup>31</sup>

Welche Beziehung hatten die Prenzlauer zum 17. Juni 1953?

Aus unseren Gesprächen mit Herrn Hans Rammoser gewannen wir einen Überblick über die Geschehnisse in der Zuckerfabrik vom 17. Juni. Die für die Aufstände in Berlin verantwortlichen Normerhöhungen haben in der Zuckerfabrik keine besondere Rolle gespielt. Auch sei von einem Aufstand der Arbeiter der Zuckerfabrik nichts bekannt, das einzige Anzeichen für einen Aufstand war der offizielle Ausnahmezustand. Da der Rundfunk und das Fernsehen zu dieser Zeit noch nicht so weit verbreitet waren, erfuhren auch die Arbeiter der Zuckerfabrik nicht viel von den Aufständen. Einige hatten Bekannte in Berlin und unterhielten sich mit den Kollegen hinter „vorgehaltener Hand“ über die Vorgänge.

#### 4.2 Bewertung des Aufstandes und die heutige Bedeutung

Nachdem wir Zeitzeugen befragt hatten, Nachforschungen im Archiv betrieben und die uns vorliegenden Quellen ausgewertet hatten, konnten wir uns ein (ungefähres) Bild von der Situation in Prenzlau zu Beginn der 50er Jahre machen.

<sup>29</sup> Ebenda

<sup>30</sup> Informationen zur politischen Bildung, Nr. 235. Deutschland in den fünfziger Jahren, S. 28.

<sup>31</sup> anonym

Wir kamen zu dem Ergebnis, dass es trotz der Nichterwähnung in öffentlichen Dokumenten auch in Prenzlau zu Arbeitsniederlegungen im Juni 1953 gekommen ist. Des Weiteren haben wir versucht, am Beispiel der Prenzlauer Zuckerfabrik die Versorgungslage und die Wohnverhältnisse sowie die Arbeit in einem Volkseigenen Betrieb in der Anfangsphase der DDR zu beschreiben. Dies war uns wichtig, da wir einen Kontrast zu den schöngefärbten Darstellungen der Partei von einer strebsamen sowie zufriedenen Bevölkerung herstellen wollten. Eine Erhöhung der Arbeitsnormen sei laut Politbüro ein wichtiger Schritt „zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ (2. Parteikonferenz, 1952), welche den Bedürfnissen der Arbeiter entsprächen.

Das nicht nur Einzelne sondern ein beträchtlicher Teil der Prenzlauer nicht mit der SED konform ging, belegt die folgende Tabelle<sup>32</sup>, welche einen Überblick über die Größenordnung der illegalen Abwanderung aus dem Kreis Prenzlau gibt:

Jahr	Halbjahreszahlen	Endjahreszahlen (z. T. geschätzt)
1954	145	278
1955	312	640
1956	406	896
1957	5 041	1 009
1958	246	530
1959	199	419
1960	500	972
1961	525	1 290 (real 803)

Der totalitäre Charakter der DDR wurde insbesondere zu Beginn der 50er Jahre spürbar.<sup>33</sup> In dieser Zeit war es besonders gefährlich, Protestkundgebungen durchzuführen, da der Staatsapparat, speziell das MfS, mit äußerster Schärfe und Brutalität auf alle oppositionellen Bewegungen reagierte. Man nahm den Aufstand vom 17. Juni zum Anlass, die Bevölkerung durch den Ausbau eines weitreichenden Bespitzelungsapparates permanent zu kontrollieren, um, wenn nötig, rechtzeitig eingreifen zu können.

Es hatte sich gezeigt, dass die DDR nur aufgrund des Vorhandenseins der sowjetischen Truppen existieren konnte. Die vermeintlich gefestigte Macht der SED war leicht zu erschüttern. Aus dieser Erfahrung heraus betrieb das Politbüro fortan eine Politik der Konfliktvermeidung. Neben dem Ausbau des Sicherheitsapparates, der gegen äußere aber vor allem auch gegen innere Feinde vorging, sollte auch eine Wendung im Herantreten des Staates an die Arbeiter vollzogen werden.<sup>34</sup> Man setzte auf eine „Überzeugung der Massen“. Hinzu kam die nachhaltige Risikoerfahrung der

Bevölkerung,<sup>35</sup> die eine Politisierung von Konflikten fürchtete und sich in späteren Krisensituationen relativ ruhig verhielt. Man erkannte nach dem weitgehend erfolglosen Aufstand, dass es offensichtlich unmöglich war, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gegen den Willen der Sowjetunion zu ändern. Die Sowjetunion hielt an ihrer Doktrin fest und vereitelte alle Versuche, sich von der diktatorischen Herrschaft zu befreien.

Der Arbeiteraufstand verstärkte zudem den Gegensatz zwischen der BRD und der DDR. Theodor Heuss der damalige Bundespräsident sprach von einem „Aufschrei dieser gequälten Menschen“, welche von einem diktatorischen Regime unterdrückt würden. Es wurden die Einheiten des BGS an der innerdeutschen Grenze verstärkt, um der Gefahr, die von der SU ausgehe, entgegenzutreten. Daraufhin warf die DDR der Bundesrepublik und den USA Kriegstreiberei vor.

Heute gilt der Aufstand als einziger Protest der Bürger gegen das SED-Regime vor der Wendezeit.

## 5. Prenzlauer im Konflikt mit dem Staat

### 5.1 Der Fall Werner A. Flach

An dem Fall Werner A. Flach lässt sich ein weiteres Beispiel der Willkürjustiz der DDR gut erläutern. Das Verbrechen, welches ihm am 06.02.1956 vorgeworfen wurde, war der Verstoß gegen den Art. 6 der DDR-Verfassung und die Nichteinhaltung der Geheimhaltungspflicht nach § 353 Abs. 1 STGB der DDR, welcher er als Angehöriger der Kasernierten Volkspolizei unterlag.<sup>36</sup>

So diente der Prozess der DDR-Regierung gegen Werner A. Flach als Schauprozess gegen Kritiker und Verräter der Republik und wurde in diesem Fall sorgfältig vorbereitet und geplant. Nachdem Werner A. Flach dem Ministerium für Staatssicherheit (kurz MfS) aufgefallen war, wurde er am 05.07.1955 verhaftet und in Untersuchungshaft genommen, es folgten nun unzählige Vernehmungen und Verhöre. Am 20.12.1955 wurde der Schlussbericht des MfS erstellt und dem Leiter der ZK-Abteilung Staatliche Organe Sorgenicht vorgelegt. Dieser Bericht wurde von Sorgenicht überarbeitet und dem Politbüro der DDR vorgelegt.<sup>37</sup> Nachdem das Politbüro diesen erweiterten Bericht überprüfte, ging der Fall wiederum an das MfS, wo die Erstellung eines Planes zur Vorbereitung eines Schauprozesses erarbeitet und persönlich von Erich Mielke am 10.01.1956 unterschrieben wurde. Jetzt befasste sich das Politbüro wieder mit dem Fall und tagte am 24.01.1956, um mit dem Tagesordnungspunkt 14 einen endgültigen Beschluss über Prozess und Urteil zu fällen.

<sup>35</sup> Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1998, S. 16.

<sup>36</sup> Anklageschrift des Neubrandenburger Bezirksgericht 07.02.1956.

<sup>37</sup> Vorlage für das Politbüro 08.01.1956.

<sup>32</sup> Protest mit den Füßen - Prenzlauer verlassen ihre Heimat, die DDR, M. Förster u. a. S. 49.

<sup>33</sup> Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 231, Die Geschichte der DDR, S. 23.

<sup>34</sup> Archiv der Gegenwart, Deutschland 1949-1999, Band I, Sankt Augustin 2000, S. 917.

Bei der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg kam es dann am 06.02.1956 zur geplanten Hauptverhandlung, bei welcher Werner A. Flach zum Tode verurteilt wurde. Am 11.02.1956 erfolgte die Hinrichtung in Dresden.

Werner A. Flach wurde von dem DDR-Regime dazu verdammt, ein abschreckendes Beispiel zu liefern, um alle anderen Kritiker und Gegner des Regimes einzuschüchtern und vor Verstößen gegen die Verfassung und STGB zu warnen (siehe Anhang 3).

## 5.2 Der Fall Paul Rebenstock

Der Fall Rebenstock ist einer der interessantesten politischen Fälle in der Geschichte der DDR. Es war der erste Prozess gegen einen Mitarbeiter des MfS, der mit einem Todesurteil endete.

Paul Rebenstock wurde 1905 geboren, war Vater von acht Kindern und Leiter der Kreisdienststelle der SED in Prenzlau. Als ehemaliger Bürgermeister von Güterberg und Mitglied der SED wurde er 1949 zur Staatssicherheit berufen.

Durch wiederholten Missbrauch von Alkohol und dem Handel mit konfiszierten Waren erregte er erstes Aufsehen bei seinen Kollegen. Nach einem tätlichen Übergriff in einem Prenzlauer Hotel und anschließender Amtsanmaßung bei der Verhaftung aller anwesenden Personen wurde Rebenstock am 30.01.1953 mit der Begründung, man nehme ihn in disziplinarischen Sicherheitsgewahrsam, verhaftet. Aus dem Gewahrsam konnte er jedoch kurz nach der Verhaftung fliehen und wandte sich geradewegs an die Westberliner Polizei. Dort berichtete er über MfS-Dienststellen, Ministeriumsbefehle, Kennzeichen von Dienstwagen und Benzinzuteilungen.

In der Zwischenzeit wurde seine Tochter, zu diesem Zeitpunkt gerade einmal siebzehn Jahre alt, als Köder für den republikflüchtigen Rebenstock missbraucht. Die Staatssicherheit hatte mehrere Briefe Rebenstocks abgefangen, in denen Treffpunkte vereinbart waren. Doch Rebenstock erschien nie zu den vereinbarten Treffpunkten. Unterdessen schrieb er viele Briefe an andere Agenten der Staatssicherheit in der DDR, um sie für Westberlin anzuwerben, doch die meisten Briefe wurden gleich an die Zentrale weitergeleitet. Jedoch kam es auch zu einigen Treffen von westlichen Agenten mit Mitarbeitern des MfS in Westberlin. Bei einem von der Stasi inszenierten Treffen wurde Paul Rebenstock von eingeweihten Agenten festgenommen. Am 03.03.1953 wurde er trotz seiner Geständigkeit mit einer harten Strafe verurteilt. Die Anklage lautete: „Verstoß gegen Direktive des alliierten Kontrollrats“ sowie Verstoß gegen Art. 6 der DDR-Verfassung. Ihm wurde außerdem zur Last gelegt, die Arbeiterklasse verraten zu haben. Seine Hinrichtung erfolgte nur zwei Tage später, am 05.03.1954. Im Protokoll erschien die Bemerkung „Tod durch Herzinfarkt“.

Die Härte der Strafe zeigt, dass man sich von den Schrecken des 17. Juni noch lange nicht erholt hatte. Auch wenn Paul Rebenstock menschlich gesehen keine besonders „wertvolle“ Persönlichkeit war, beweist auch dieser Fall, mit welchen brutalen Mitteln die SED und ihre Sicherheitsorgane die eigene Herrschaft absichern wollten. Abschreckung und Angst sollten den Widerstand aller Regimegegner brechen.

## 6. Arbeitsbericht

Als Schüler des Städtischen Gymnasiums Prenzlau besuchen wir einen Leistungskurs Geschichte. Unser Kurslehrer Jürgen Theil schlug uns im November des vergangenen Jahres vor, an dem Schülerwettbewerb zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in der DDR zu beteiligen und die regionalgeschichtlichen Ereignisse zu erforschen. Wir entschieden uns an diesem Wettbewerb teilzunehmen und uns auf die Geschehnisse in Prenzlau zu konzentrieren.

Zuerst besuchten wir das Stadtarchiv Prenzlau und werteten die uns zur Verfügung gestellten Akten der Stadt aus den 50er Jahren aus. Dabei fiel auf, dass der Arbeiteraufstand mit keinem Wort erwähnt wurde. Jedoch boten sie einen guten Überblick über das Prenzlau der frühen 50er Jahre sowie über die politischen Verhältnisse jener Zeit.

Um über die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse und eventuelle Aufstände Informationen zu erhalten, befragten wir den Zeitzeugen Hans Rammoser, einen langjährigen Arbeiter in der Zuckerfabrik Prenzlau. Zu diesem Zweck vereinbarten wir mit ihm einen Termin für ein Interview, welches wir im Geschichtsunterricht unter Beisein von Herrn Theil durchführten. Unsere Recherchen in den Polizei- und Gerichtsarchiven der Städte Prenzlau und Eberswalde führten zu keinem Ergebnis. Die dortigen Mitarbeiter konnten uns noch nicht einmal mitteilen, ob es überhaupt zum 17. Juni Unterlagen gibt. Dies war für uns sehr verwunderlich, da in der regionalen Presse erst kürzlich das angeblich gut verwaltete Prenzlauer Archiv vorgestellt wurde. Auf Anraten von Herrn Theil suchten wir auch das Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins auf, wo uns vor allem zeitgeschichtliche Dokumente und Bildquellen zur Verfügung gestellt wurden. Sehr hilfreich waren auch die schon im Stadtarchiv vorhandenen Schülerarbeiten zu zeitgeschichtlichen Themen.

Wir hoffen, dass unsere Arbeit anderen Schülern eine Hilfe bei der Bearbeitung der DDR-Geschichte Prenzlaus sein kann.



Abb. 8: Unser Geschichte-Leistungskurs im Stadtarchiv Prenzlau

7. Anhang

Anhang 2: Bezugsscheinberechtigung für Kartoffeln (Prenzlau von 1959)

Anhang 1: Rechenschaftsberichte des Stadtrats aus dem Jahr 1953;  
Blockakte vom 14. Nov. 1952 - 16. Nov. 1956 - Protokolle der  
Stadtratssitzungen

Rechenschaftsberichte.

Seitens des Stadtrates wurde der Stadtverordnetenversammlung und der Bevölkerung regelmäßig Rechenschaftsberichte vermittelt.

Weder wurde von den Stadtverordneten und der Bevölkerung noch nicht genügend Stellung zu denselben genommen.

Aus der Diskussion erhielt der Stadtrat mehrere gute Hinweise an Mithilfe zu besitzigen und Anleitung, ihre Arbeit zu verbessern.

Von Seiten der Bevölkerung wurden an die Verwaltung 36 Beschwerden herangetragen, wovon 28 Beschwerden berechtigt waren. Auch wurden einige Verbesserungsverschlüsse eingereicht und haben Verwendung gefunden.

Die Kritik der Bevölkerung muß dahingehend noch weiter entwickelt werden. Das Bewußtsein der Menschen muß so stark werden, daß sich ein jeder für alles verantwortlich fühlt.

Abteilung Finanzen.

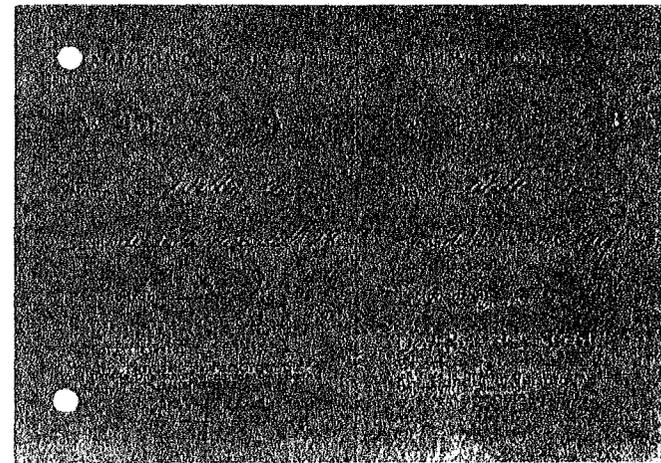
Ein wichtiger Faktor in der Verwaltung bilden die Finanzen. Dieselben geben einen genauen Überblick über die Entwicklung unserer Wirtschaft. Um aber Fehlerquellen sofort festzustellen, muß dieselbe immer abschlußfertig sein. Gerade diese termingemäße Fertigstellung der Abschlüsse geben eine Übersicht über den Stand der Pläne. Finanzen sind das Blut der Wirtschaft; tritt hier eine Stecker ein, so schädigt dieselbe den großen Lebensstrom der werktätigen Menschen.

Zur Aufrechterhaltung und weiteren Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, sowie Festigung des Staatsapparates sah der Haushaltsplan für das Jahr 1952 in seinen Ausgaben 1.345.000,— DM vor.

Die Deckung dieser Ausgaben wurde gewährleistet durch die Erhebung der Grundsteuer A von landwirtschaftlichen Flächen und der Grundsteuer B von den bebauten Flächen. Weiterhin durch die Vergütungssteuer, Hundesteuer, Kraftverkehrssteuer, Pachten und sonstigen Einnahmen von Gebühren, sowie der Überschüsse der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe der Stadt Prenzlau.

Die geplanten Ausgaben von 1.345.000,— DM sind bis zum 31.12.1952 mit 1.191.760,— DM mit 88,6 % erfüllt.

BK		BK		BK		BK		BK	
S7	S8	S9	S10	S11	S12	S13	S14	S15	S16
STAMMKUNDEN-AUSWEIS									
Name: .....									
Ort: .....									
Straße: .....									
Personenzahl: .....									
Anmeldung innerhalb drei Tagen									
Die Angaben sind durch den Hausbuchführer mit Tinte in Druckschrift einzutragen und durch Unterschrift zu bestätigen.									
P.I. J.									



11196

**STAMMKUNDEN-AUSWEIS**

№ 193391 **A**

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

Personenzahl: .....

Anmeldung innerhalb drei Tagen

Die Angaben sind durch den Hausbuchführer mit Tinte in Druckschrift einzutragen und durch Unterschrift zu bestätigen.

P.I. J.

**STAMMKUNDEN-AUSWEIS**

№ 193391 **B**

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

Personenzahl: .....

Anmeldung innerhalb drei Tagen

Die Angaben sind durch den Hausbuchführer mit Tinte in Druckschrift einzutragen und durch Unterschrift zu bestätigen.

P.I. J.

# Todesurteil stand vor Scheinverhandlung fest

Söhne von Werner A. Flach sprechen über Hintergründe der Hinrichtung ihres Vaters im Jahr 1956

**Prenzlau (his).** „Wer war der Prenzlauer Herr Flach und welches Schicksal hat ihn ereilt?“, fragten Leser in der Redaktion nach. Im Beitrag „Honecker – hieß so nicht ein Schauspieler?“ erwähnte der Uckermark Kurier am 12. April im Zusammenhang mit einer prämierten Schülerarbeit am Städtischen Gymnasium diesen Namen und löste damit diese Frage aus.

Der Prenzlauer Werner A. Flach, einst Behördenangestellter der Kasernierten Volkspolizei, wurde auf Weisung des SED-Politbüros vom Bezirksgericht Neubrandenburg in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. „Es war auch ein unübersehbares, exemplarisches Abschreckungsurteil“, schildern die Söhne Burkhard und Hartmut Flach 46 Jahre später dem Uckermark Kurier zu den Vorgängen um ihren Vater, der am 11. Februar 1956 in Dresden mit dem Fallbeil hingerichtet wurde.

Die Scheinverhandlung fand fünf Tage zuvor an jenem Ort in Prenzlau statt, wo heute die Kreisverwaltung der Uckermark ihren Sitz hat. Die Todesstrafe wurde bereits am 24. Januar 1956 auf der Sitzung des Politbüros in Ostberlin einstimmig beschlossen.

Den am 10. Januar 1956 erstellten Plan zur Durchführung des Schauprozesses und das „Urteil“ hat Erich Mielke persönlich abgenickt und unterschrieben, berichtet Hartmut Flach an Hand der Dokumente. Die politische Strafjustiz der DDR habe sich dabei, entgegen geltendem DDR-Recht, auf den Artikel 6 der damaligen Verfassung der DDR berufen.

## „Mutiger Widerstand“

„Selbstverständlich trifft es zu, dass unser Vater aus politischer Überzeugung heraus Erkenntnisse aus seinem Dienstbereich an die Bundesrepublik Deutschland weiter geleitet hat. Dieser mutige Widerstand gegen das damalige totalitäre Ulbricht-Regime in den 50er Jahren rief die politische Führung der DDR auf den Plan. Da man unseren Vater nach den damaligen DDR-Gesetzen nicht anklagen konnte, es gab 1956 keinen entsprechenden Paragraphen im Strafgesetz, beschloss das Politbüro – als gerichtsfernde Instanz – diesen absehbaren politischen motivierten Mord“, schildern die beiden Brüder gegenüber dem Uckermark Kurier.



Hartmut Flach als Kleinkind auf dem Arm seines Vaters Werner A. Flach, der 1956 hingerichtet wurde. Privat

Beide weisen ausdrücklich darauf hin, dass ein Großteil der Prenzlauer und Personen aus gesellschaftlichen Bereichen sich später ihnen gegenüber – trotz des abschreckenden Verdikts – anständig verhielten.

Damals, in den 50er Jahren, hätten viele Bürger die Hoffnung auf demo-

kratische Reformen und eine Wiedervereinigung noch nicht aufgegeben gehabt. „Richtig ist aber auch, dass der Familie noch viele Jahre später, von weit übergeordneten Stellen ausgehend, steinharte Brocken in den Weg gelegt wurden“, so die Söhne, die um ein objektives Bild ihres Vaters kämpfen: „Wir begrüßen Forschungsarbeiten wie am Prenzlauer Gymnasium, damit alte politische DDR-Sichtweisen nicht weitergeschleppt und schwer wiegende Verstöße gegen die Verfassung und das geltende DDR-Strafrecht nicht nachträglich verharmlost werden.“ Es sei in ihren Augen nicht zuletzt auch für die Prenzlauer wichtig, wenn sie heute couragiert und unbefangenen über in den 50er Jahren begangenes schweres Unrecht sprechen: „Wir konnten erst nach dem Mauerfall in die zu DDR-Zeiten als ‚Streng Geheim‘ archivierten Stasi-Unterlagen und Gerichtsakten über unseren Vater Einsicht nehmen. Die Familie wusste bis dahin nicht einmal, dass er in Dresden-Tolkewitz in einem Massengrab verscharrt worden war.“

Die Rehabilitierung des Prenzlauer Werner A. Flach erfolgte de jure am 19. November 1992.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- |   |   |
|---|---|
| Archiv der Kreisleitung SED in Prenzlau   | Protokoll der sowjetischen Stadtkommandantur vom 13.08.1945, Prenzlau 1978.   |
| Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung  | Blockakte vom 14. Nov. 1952 - 16. Nov. 1956 Protokolle der Stadtratsitzungen.   |
| Enders, Lieselott   | Brandenburger Schlösser und Herrenhäuser 1945 - 1952 Brandenburgische Historische Hefte 12, Berlin 1999.  |
| Heimatkreis, Prenzlau   | Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VIII Uckermark, Weimar 1986.   |
| Hertle, Hans-Hermann  | Prenzlau - Hauptstadt der Uckermark (1234 - 1984). Ein bürgerliches deutsches Lesebuch, 2. Auflage Hamburg 1987.  |
| Informationen zur politischen Bildung   | Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 6. Aufl. Berlin 1997.  |
| Informationen zur politischen Bildung   | Nr. 231, Geschichte der DDR.  |
| Jäckel, Hartmut   | Nr. 256, Deutschland in den fünfziger Jahren.   |
| Judi, Matthias  | Georg Dertinger und die Seinen. Wie die DDR ihren ersten Außenminister und dessen Familie in den fünfziger Jahren verrichten wollte; in: Die Zeit; 09/2003. |
| Kleßmann, Christoph   | DDR-Geschichte in Dokumenten Bonn 1998.   |
| Kommission zur Prenzlauer Erforschung der Geschichte der Örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Prenzlau der SED | Die Doppelte Staatsbürgerschaft, Kleßmann Bonn, 1991. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises, Prenzlau, o.J.                                   |

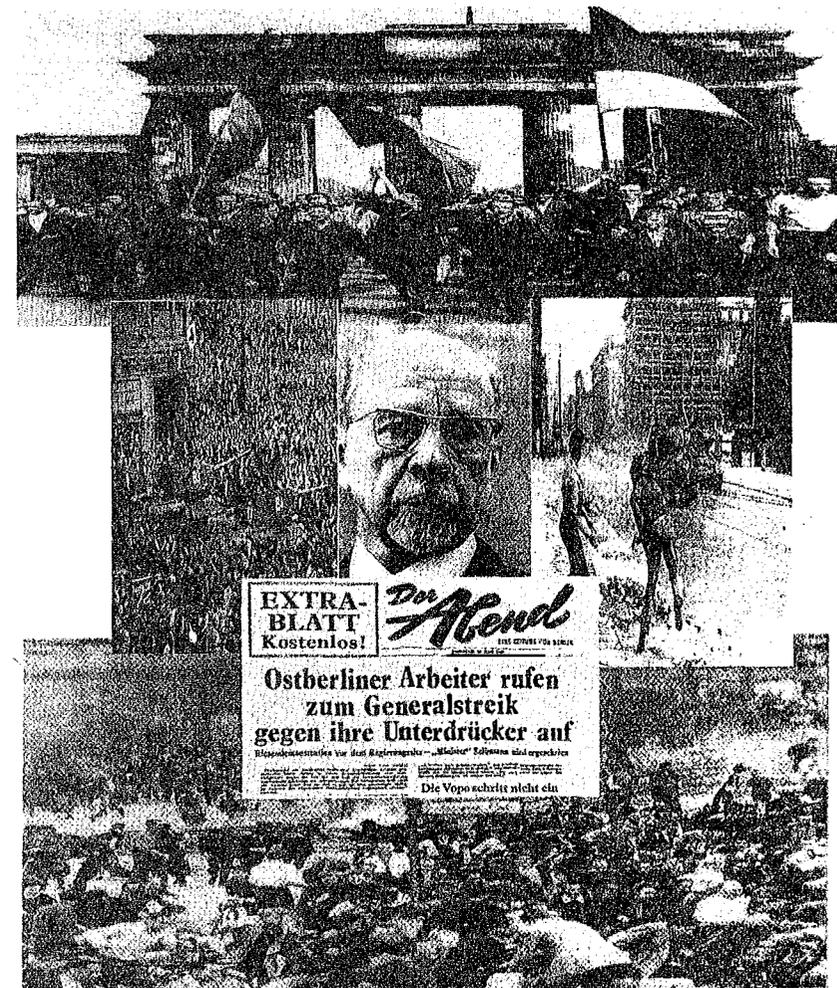
- Lohmann, Margit Von der Roten Kaserne zum neuen Kreishaus. Chronik einer Verwandlung, Berlin 1999  
Protokolle des Aufsichtsrates bzw. der Revisionskommission: Prenzlau 1952, Teil I - IV
- Müller, Gerd u. a. Berlin, 17. Juni 1953, Berlin 1993  
Müller, Helmut Schlaglichter der deutschen Geschichte, Leipzig 2002
- Mundt, Willi Erinnerungen des Arbeitsveteranen, Prenzlau 1985
- Rammoser, Hans Die Geschichte der Zuckerfabrik Prenzlau, Prenzlau 1988
- Uckermärkischer Geschichtsverein zu Prenzlau Ungedruckte Materialsammlung
- Ungedruckte Schulchronik der Einheitsschule (heute Städtisches Gymnasium)
- Zimmermann, Wilhelm Zehn Tage im April 1945. Die Zerstörung der Stadt Prenzlau im Zweiten Weltkrieg, Sonderheft der AG für uckermärkische Geschichte und des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau, Hamburg 1992
- Zückert, Ulrich und Gundula Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Eine getrennte Geschichte, Die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik von 1945/49 bis 1990 (1. Seite der Arbeit)

### Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1, 2, 5 - 8 Bildarchiv des Geschichtsvereins
- Abb. 3, 4 persönlicher Besitz Hans Rammoser

17. Juni 1953

## Die Menschen im Arbeiter- und Bauernstaat erheben sich



**DER 17. JUNI 1953  
EINE SPURENSUCHE**

**Schülerwettbewerb zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes am 17. Juni  
1953 in der DDR**

**17. Juni 1953 - Die Menschen im  
Arbeiter- und Bauernstaat  
erheben sich**

Bearbeitet von: Kristin Beck  
Christin Müller  
Kerstin Pintschovius  
Nadine Possart  
Matthias Zwarg

Betreuer: Fachlehrer Jürgen Theil

**Inhaltsverzeichnis**

I.	Vorwort .....
II.	Die Geschichte vor und nach dem 17. Juni 1953
	1. Die DDR ein Staat der Arbeiter und Bauern? .....
	2. Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 .....
	3. Was geschah nach dem 17. Juni 1953? .....
III.	Die Ereignisse in den drei Bezirken
	1. Frankfurt (Oder) .....
	2. Cottbus .....
	3. Potsdam .....
IV.	Frauen in den fünfziger Jahren in der DDR
	1. Frauen im Berufsleben .....
	2. Frauen und die Partei .....
V.	Befragung .....
VI.	Nachwort .....
VII.	Quellen - und Literaturverzeichnis .....
VIII.	Bildnachweis .....
IX.	Anhang .....

## I. Vorwort

Die Idee am Schülerwettbewerb „Der 17. Juni 1953 - eine Spurensuche“ teilzunehmen, kam von unserem Geschichtslehrer Jürgen Theil. Er stellte uns das Projekt im Unterricht näher vor. Nach einer längeren Diskussion, ob sich das Thema überhaupt für eine regionale Untersuchung eignet, entschieden wir uns, trotz einiger Unsicherheiten und offener Fragen zur Quellenlage, weitere Informationen einzuholen und uns auf die Spurensuche zu begeben.

Wohl kaum ein Datum in der Geschichte der beiden deutschen Staaten geriet so nachhaltig zum Gegenstand von Legenden, Mythen und Fälschungen wie der 17. Juni 1953. In der Bundesrepublik wurde dieses Ereignis zu einem Symbol für den Kampf der Deutschen für Freiheit und Demokratie erklärt und nur wenige Wochen nach der Erhebung als „Tag der Deutschen Einheit“ zum Nationalfeiertag erhoben. In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen versuchte man die Erinnerungen an diesen Tag konsequent zu tilgen. In den Geschichtsbüchern fand der Aufstand höchstens als „faschistische Provokation“ Erwähnung.

Noch heute streiten sich die Geister über die Bewertung des 17. Juni 1953: Handelt es sich hierbei um einen Volksaufstand oder eine Arbeitererhebung? Oder war es eher ein Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen? Oder war es gar ein Aufbegehren für Einheit und Freiheit? „Er war von jedem etwas.“<sup>1</sup>, meinte ein Zeitzeuge.

Um uns von diesem historischen Ereignis eine eigene Meinung bilden zu können, haben wir uns in der vorliegenden Projektarbeit intensiv mit dem 17. Juni 1953 beschäftigt. Auch wir wollten eine Antwort auf die Frage finden, ob nun Volksaufstand, Arbeiteraufstand oder ferngesteuerte Provokation. Diesbezüglich recherchierten wir, wie sich die Situation in den 50er Jahren im heutigen Bundesland Brandenburg darstellte. Was veranlasste die DDR-Bürger zu diesem Aufstand? Welche Erwartungen und Hoffnungen verbanden sie mit diesem Tag? Wie stark hatten die Ereignisse in Berlin Einfluss auf das Land Brandenburg bzw. die hier bestehenden Bezirke? Wie haben die Menschen hier damals reagiert? Welche Rolle nahmen in diesem Zusammenhang die Frauen ein? Wie waren die Lebensumstände? Mit welchen Alltagsproblemen mussten die Brandenburger zurechtkommen? Wie waren die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse? Mit diesen und ähnlichen Fragen haben wir uns in dieser Arbeit auseinandergesetzt.

## II. Die Geschichte vor und nach dem 17. Juni 1953

### 1. Die DDR ein Staat der Arbeiter und Bauern?

Um den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 zu verstehen, muss man sich intensiver mit der Vorgeschichte auseinandersetzen.

<sup>1</sup> Aus Guido Knopp: Unser Jahr 100. Deutsche Schicksalstage. Bertelsmann Verlag, 1998, S. 364.

Zentrale Bedeutung muss hier der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) beigemessen werden. Im Spätherbst 1945 drängte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) auf eine Verschmelzung mit der SPD, da die KPD ein sehr geringes Ansehen in der Bevölkerung besaß. Grund hierfür war die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). In den westlichen Besatzungszonen mehrten sich in der SPD die Proteste gegen eine solche Fusion. Besonders Kurt Schumacher versuchte den SPD Vorsitzenden in der SBZ, Otto Grotewohl, davon zu überzeugen, dass ein Zusammenschluss dieser beiden Parteien nicht im Sinne der Sozialdemokraten liegen könne. Die ostzonale SPD konnte sich jedoch dem immensen Druck, der von der KPD und der SMAD ausging, nicht mehr entziehen. Am 21./22. April 1946 wurden auf dem Vereinigungsparteitag Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck zu gleichberechtigten Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei gewählt. Die SED besetzte im weiteren Verlauf des Jahres alle wichtigen gesellschaftlichen Positionen.

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“<sup>2</sup> In diesem ersten Artikel der DDR-Verfassung von 1968, spiegelt sich das politische Vermächtnis Walter Ulbrichts<sup>3</sup> wider, der von 1949 - 1973 leitende Herrschaftspositionen innerhalb der SED und in der Staatsführung innehatte und dem der Arbeiteraufstand von 1953 dazu verhalf, seine politische Karriere zu verlängern. Bereits vor der am 7. Oktober 1949 vollzogenen Staatsgründung der DDR gab die SED das Ziel, einen besonderen bzw. eigenständigen Weg zum Sozialismus zu gehen, auf. Auch wenn sie sich gern als „Partei neuen Typus“ darstellte, hat sie in Wirklichkeit die Ideologie und die Organisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) weitgehend übernommen. Dies hatte zur Folge, dass der „demokratische Zentralismus“ als wichtiges Organisationsprinzip eingeführt wurde. Des Weiteren wurde die Machtkonzentration durch eine konsequent betriebene Kaderpolitik, besonders im Politbüro, gesichert.

Gleichzeitig dehnte die SED ihren Herrschaftsbereich - unter ständiger Verletzung der Verfassung von 1949 - in allen staatlichen Bereichen immer weiter aus. Sie ging davon aus, dass sie ihre Idee, einer kommunistischen Gesellschaft, dadurch schneller verwirklichen könne. Mit dem Machtausbau waren die Verstaatlichung der Wirtschaft und die Besetzung wichtiger Positionen in Behörden, Justiz und Bildung mit linientreuen SED-Mitgliedern verbunden. Die Kader waren verpflichtet, die Beschlüsse und Weisungen der Partei umzusetzen. Durch die Kaderpolitik erhielt die SED immer stärkeren Einfluss auf folgende Institutionen: das Oberste Gericht, die Oberste Staatsanwaltschaft, das Ministerium des Inneren und die Kasernierte Volkspolizei (KVP), besonders aber auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), welches im Februar 1950 als „Schwert und Schild der Partei“ geschaffen wurde. Dieses Organ unterstand als selbstständiger Apparat nur dem Politbüro der SED. Die angesprochenen Instrumente halfen der SED durch Terror, Willkürjustiz und Verfolgung sowie durch ein ausgedehntes Überwachungs- und Spitzelsystem das öffentliche Leben zu kontrollieren und politische

<sup>2</sup> Martin Tabaczek/ Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945, Paderborn 1993, S. 174.

<sup>3</sup> Ulbricht war von 1950 bis 1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK, 1960 bis 1973 Vorsitzender des Staatsrates und (bis 1971) Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

Widerstände zu beseitigen (siehe M 1.1 und M 1.2). Der politischen Umerziehung der Bevölkerung des „Arbeiter- und Bauern Staates“ diente besonders das neue Gerichtssystem, das nach den Prinzipien des „demokratischen Sozialismus“ umgebaut wurde und zum größten Teil ohne gesetzliche Grundlage arbeitete. Der Einfluss des Politbüros auf die Justiz reichte sogar so weit, dass es entscheiden konnte, welche Prozesse geheim oder als öffentliche Schauprozesse durchgeführt werden sollten. Die „Waldheimer Prozesse“<sup>4</sup> kann man hier als ein typisches Beispiel anführen. Sie fanden im Jahre 1950 statt. Über 3 000 Männer und Frauen, denen man zum Teil zu Unrecht Nazi- und Kriegsverbrechen vorwarf, wurden nach 1945 in sowjetischen Internierungslagern gefangen gehalten und dann der DDR-Justiz übergeben, sie erhielten in Schnellverfahren hohe Haftstrafen, 32 wurden sogar zum Tode verurteilt. Jedoch trafen politische Schauprozesse nicht nur einfache Bürger, die sich gegen das stalinistische System auflehnten, sondern auch hochrangige Regierungs- und Parteimitglieder, welche sich aus Sicht der Parteiführung der politischen Linie des Politbüros widersetzten. Dies bewies u. a. der Fall des CDU - Vorsitzenden und ersten Außenministers der DDR Georg Dertinger, der 1953 verhaftet wurde.<sup>5</sup> Verhaftet wurde auch Dertingers Ehefrau, welche übrigens aus Prenzlau stammte.

In den Jahren 1949/1950 erfolgte eine völlige Neugestaltung des Parteiensystems in der Deutschen Demokratischen Republik. Neu gegründete „demokratische Parteien“, wie die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), sowie die CDU und die LDP und die wichtigsten Massenorganisationen wurden unter dem „Demokratischen Block“ zusammengefasst. Im Oktober 1950 fanden die ersten Wahlen zur Volkskammer und den Landtagen statt. Auf Druck der SED traten alle Parteien im „Demokratischen Block“ mit einer Einheitsliste an. Die Anzahl der Sitze wurde schon vorab unter den Parteien und Massenorganisationen aufgeteilt. Die meisten Abgeordneten der Massenorganisationen wurden von der SED gestellt, verfügte sie doch über die absolute Mehrheit in der Volkskammer. Bei der Wahl kam es z. T. zu Wahlterror und erheblichen Wahlfälschungen (siehe M 1.3). Da die Bürger der DDR lediglich der Einheitsliste zustimmen oder sie ablehnen konnten, gab es keine Alternative zur SED-Politik. Die Mitglieder der Volkskammer waren dazu verpflichtet, die von der Parteiführung der SED beschlossenen politischen Ziele in staatsrechtlich bindende Entscheidungen umzusetzen. Die Presse- und Meinungsfreiheit, welche in westlichen Demokratien dazu beiträgt, das politische Herrschaftssystem zu kontrollieren, hat in der DDR nie existiert. Die Presse befand sich fest in den Händen der SED. Der gesamte Rundfunk und das Fernsehen, aber auch die Film- und Buchproduktion wurde von der Agitations- und Propagandaabteilung im Zentralkomitee (ZK) der SED angeleitet und kontrolliert.

Die SED versuchte ihren Machtbereich in allen Gesellschaftsbereichen immer weiter auszubauen und zu sichern. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung zur Zeit der

2. Parteikonferenz im Juli 1952, wo die Parteiführung der SED festlegte, dass der „Aufbau des Sozialismus“ die grundlegendste Aufgabe der DDR sei. Schon in der Nachkriegszeit strebte die sowjetische Besatzungsmacht eine deutliche Vergesellschaftung des Privateigentums an, die mit der nun durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft stärker forciert wurde.

Die politische Leitlinie der SED erforderte schließlich eine Zentralisierung des Staatsaufbaus der Deutschen Demokratischen Republik. Um die letzten Reste der föderalistisch-demokratischen Struktur und kommunaler Selbstverwaltung zu beseitigen, wurde noch im Juli 1952 der Beschluss gefasst, die bisherigen fünf Länder aufzulösen und in 14 Bezirke mit 217 Kreisen umzuwandeln (siehe M 1.4). Es wurden Bezirkstage und Bezirksräte geschaffen, die unter Anleitung und Kontrolle der SED gestellt wurden. Das Organisationsprinzip der Deutschen Demokratischen Republik war - wie oben schon angeführt - der „demokratische Zentralismus“. In der praktischen Umsetzung dominierten jedoch die hierarchischen Elemente der an stalinistische Prinzipien festhaltenden SED. Dies zeigte sich besonders in der Besetzung der Führungspositionen des Staats- und Wirtschaftsapparates. Hier galten im besonderen Maße die Kaderprinzipien und das Nomenklatursystem.<sup>6</sup>

## 2. Die Ereignisse vom 17. Juni 1953

In einem spontanen Aufschrei des Protestes entluden sich am 17. Juni 1953 in der Deutschen Demokratischen Republik Wut und Verzweiflung der Bevölkerung.

Den Auslöser für diese Bewegung gab die SED im Vorjahr selbst. Im Juli 1952 hatte Walter Ulbricht, Generalsekretär der SED, auf der 2. Parteikonferenz der SED eine neue Politik angekündigt, deren Leitgedanke der beschleunigte Aufbau des Sozialismus nach stalinistischem Vorbild und die Verstärkung der militärischen Aufrüstung war. Was bisher nur unter Tarnung erfolgen konnte, war auf einmal offiziell: Die DDR sollte nach dem Vorbild der Sowjetunion zu einem kommunistischen Staat ausgebaut werden. Diese Ankündigung Ulbrichts legte den Keim für neue Unzufriedenheit im Arbeiter- und Bauernstaat. Der Beschluss, den Aufbau des Sozialismus im Eiltempo voranzutreiben, hatte schwerwiegende Folgen. Nach sowjetischem Beispiel sollten die Reste der Privatwirtschaft weiter zurückgedrängt und dafür der volkseigene Sektor ausgeweitet werden. Das Signal zum Aufstand, der sich in weiten Teilen der DDR ausbreiten sollte, gaben die Bauarbeiter Ostberlins. Ermutigt durch einen Kommentar Herrnstadts, in dem dieser sich gegen die „Holzhammermethoden“<sup>7</sup> bei der Durchsetzung der neuen Normen wandte, sendeten die Bauarbeiter am 15. Juni 1953 einen Protestbrief an den Ministerpräsidenten Grotewohl und forderten die Rücknahme der Normerhöhung. Dieser blieb aber ungehört. Am 16. Juni verkündete die „Tribüne“<sup>8</sup>, dass die am 28. Mai verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent ohne entsprechenden Lohnausgleich trotz der versprochenen Liberalisierung der Wirtschaft aufrechterhalten bleiben sollte. Damit war das Maß für die Bauarbeiter voll.

<sup>4</sup> Judt, Matthias, S. 40.

<sup>5</sup> Jäckel, Hartmut: Georg Dertinger und die Seinen. Wie die DDR ihren ersten Außenminister und dessen Familie in den fünfziger Jahren vernichten wollte, in: Die Zeit, 09/2003.

<sup>6</sup> Verzeichnis, das alle wichtigen Funktionen und Personen in der DDR erfasste

<sup>7</sup> Aus Guido Knopp: Unser Jahr 100. Deutsche Schicksalstage. Bertelsmann Verlag, 1998, S. 351.

<sup>8</sup> Zeitung der Einheitsgewerkschaft FDGB

Spontan reagierten die Arbeiter am Block 40 der Stalinallee mit der Arbeitsniederlegung und zogen in einem Protestmarsch über die erste sozialistische Straße Deutschlands zum Regierungsviertel. Ihre Forderungen hatten sie mit knappen Worten auf Transparenten niedergeschrieben: „Nieder mit den Normerhöhungen“. Als der Protestzug das Haus der Ministerien in der Leipziger Straße erreichte, war die Menge auf 10 000 Menschen angeschwollen. Sprechchöre formierten sich und forderten, dass Ulbricht oder Grotewohl kommen sollte. Lange Zeit geschah nichts, das Gebäude blieb verschlossen. Dieser Arbeitsprotest steigerte sich zu einem Aufschrei der Entrüstung gegen das Regime. Selbst als Lautsprecherwagen das Einlenken der Regierung verkündeten, kühlten die erhitzten Gemüter nicht ab. Zwar sind die Demonstranten mit ihrer Forderung nach der Rücknahme der Normerhöhung durchgedrungen, doch nun zielten ihre Rufe auf das politische Mark des Ulbricht-Regimes ab. Rufe wie „Freiheit!“ - „Nieder mit der Regierung!“ - „HO macht uns k.o.!“ wurden immer stärker. Der bisher führungs- und ziellose Aufruhr der Bevölkerung wäre bald wieder beendet gewesen, wenn nicht am Nachmittag das Schlagwort „Generalstreik“ gefallen wäre. Dieses entscheidende Schlagwort machte schnell die Runde. Mittels eines Lautsprecherwagens, den sich die Aufständischen erbeutet hatten, riefen die Arbeiter der Bevölkerung zu: „Macht mit! Seid nicht feige! Wir haben es satt!“. Es wurde ein Treffpunkt für den Generalstreik beschlossen: 17. Juni, sieben Uhr, Strausberger Platz. Zur gleichen Zeit am 16. Juni verbreitete der amerikanische Radiosender RIAS im Westteil Berlins helle Aufregung. Eine Revolution lag in der Luft, man sah den Sturz des SED-Regimes und somit wäre eine Wiedervereinigung greifbar nahe. Am Nachmittag war eine Delegation der Ostberliner Bauarbeiter in die Redaktion gekommen. Der Sender sollte das Sprachrohr sein und den Generalstreik verkünden. Bauarbeiter hatten nun klare Forderungen formuliert, wie zum Beispiel die sofortige Reduzierung der Normen, Senkung der Lebenshaltungskosten sowie freie und geheime Wahlen. Doch bald verbot Washington die Verkündung des Generalstreiks aus Angst vor der Reaktion aus der Sowjetunion. Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Hörer in Ostdeutschland schon die Nachricht vernommen. Noch in der Nacht bildeten sich in vielen Großbetrieben der DDR Streikkomitees.

Abends auf der Parteiaktivtagung im Friedrichstadtpalast verkündete Grotewohl noch stolz die Verbundenheit der Partei mit der Bevölkerung: „Wir sind Blut vom Blute der Arbeiterklasse und Fleisch vom Fleische unseres Volkes.“ Während sich die SED-Führung noch in Sicherheit wähnte und nichts unternahm, wurde man in Moskau nervös. Der drohende Zusammenbruch der SED-Regierung zeigte, wie instabil der Einfluss der Sowjetunion in Mitteleuropa war. Als Vorsichtsmaßnahme alarmierte man die Kasernierte Volkspolizei (KVP), die daraufhin ihre Truppe noch in der Nacht auf 113 000 Mann verstärkte.

Schon in den Morgenstunden des 17. Juni strömten Arbeiter aus allen Teilen Berlins ins Stadtzentrum. Allein aus dem Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf schlossen sich über 12 000 Beschäftigte der Arbeitsniederlegung und der Demonstration an. Trotz des strömenden Regens versammelten sich immer mehr Menschen, darunter Schüler, Studenten, Hausfrauen, Angestellte und Rentner auf dem Platz. Von Minute zu Minute wuchs die Erregung. Wütend zerstörten die Demonstranten die Insignien der Macht, Transparente mit Propagandaparolen und rote Fahnen wurden herunter gerissen, SED-Parteilokale und Zeitungskioske in Brand gesteckt und Schaufensterscheiben der staatlichen HO-Geschäfte eingeschlagen sowie Autos von SED-Funktionären umgekippt.

Der Ruf nach Freiheit stand an diesem Tag nicht mehr so im Mittelpunkt. Vor dem Regierungssitz kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Einige brachen blutend zusammen, andere wurden wiederum mit Handschellen abgeführt. Jedoch kam es aber auch dazu, dass Volkspolizisten die Seiten wechselten und jetzt mit den Bauarbeitern kämpften. Die Volkspolizei war völlig überfordert, somit war der „große Bruder“ gefragt. Panzer und Soldaten der Sowjetarmee wurden schon in den frühen Morgenstunden in Stellung gebracht. Moskau hat die Verhängung des Ausnahmezustandes ab ein Uhr mittags angeordnet. Jetzt erhielt die Armee die Lizenz zu töten: Das Drama begann: Flammen, Panzer, Steine in den Straßen Ostberlins... Ein Augenzeuge berichtet: „Dann peitschten Maschinengewehrsalven durch die Luft, Panzer kamen die Leipziger Straße herauf mit dröhnenden Motoren, rasselnden Ketten und quietschenden Rädern - doch alles wurde übertönt von den Panikschreien der vielen wehrlosen Menschen, die die stählernen Kolossen vor sich hintrieben“.<sup>9</sup>

Obwohl die Besatzungseinheit den Befehl erhielt, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, forderten die Zusammenstöße etwa 125 Tote, 48 von ihnen waren Personen, die standrechtlich erschossen wurden, nur weil sie den Befehl zur Niederlegung des Aufstandes verweigerten. Die Zahl der Verletzten ging in die Hunderte. Die sich anschließenden Massenverhaftungen und Todesurteile ersticken den Aufruhr endgültig mit Gewalt. Der eindeutige Sieger des Tages war Walter Ulbricht, der Erste Sekretär der SED. Er nutzte den Aufstand um seine nach Stalins Tod gefährdete Machtposition durch Ausschaltung seiner innerparteilichen Gegner abzusichern.

### 3. Was geschah nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953?

In der Deutschen Demokratischen Republik hatte die offene Konfrontation zwischen Volk und Staatspartei auf beiden Seiten einen Schock ausgelöst. Wie der Aufstand vom 17. Juni 1953 zeigte, war die SED-Führung innenpolitisch vollkommen überfordert. Fortan bemühte sich die SED um ein langsames Tempo bei der Umgestaltung zum Sozialismus. Durch Verbesserungen im ökonomischen Bereich, Steigerung der Kaufkraft und erhöhtes Konsumangebot gelang es, die Abwanderungszahlen aus der DDR in einem geringen Maße zu verkleinern.

Für die Bevölkerung bedeutete der 17. Juni 1953 die Erfahrung, dass der Versuch eine gewaltsame Veränderung des politischen Systems unter den bestehenden Machtverhältnissen keine Aussicht auf Erfolg hatte, da zu diesem Zeitpunkt die Präsenz sowjetischer Panzer die realpolitischen Möglichkeiten bestimmte.

Der „Neue Kurs“, zu dem sich die SED-Führung im Sommer 1953 genötigt sah, verdeutlichte einen nachhaltigen Wandel in der Parteiherrschaft. Ab diesem Zeitpunkt vermied die SED-Führung eine vergleichbare scharfe Konfrontation mit der Bevölkerung. Durch die Verbesserung des Lebensstandards und andere Konzessionen, die auch zu einem innenpolitischen Tauwetter führten, sollte die aufgebrachte Bevölkerung beruhigt und möglichst neutralisiert werden. Täglich wurden neue Verordnungen und Bestimmungen bekannt gegeben: „Rückkehr zu den Normen des

<sup>9</sup> Zitiert nach: Guido Knopp: Unser Jahr 100. Deutsche Schicksalstage. Bertelsmann Verlag, 1998, S. 359.

1. April, Erhöhung der Mindestrenten von 65,- auf 75,- Mark, der Witwenrente von 55,- auf 65,- Mark (...), verstärkter Wohnungsbau, mehr Reparaturen an Wohnungen, 30 Millionen Mark zusätzlich für sanitäre Einrichtungen in den Volkseigenen Betrieben, 40 Millionen Mark zusätzlich für Feierabendheime und Kindergärten! (...). Die tägliche Stromausschaltung in den Haushalten sollte aufgehoben werden. (...) Der Benzinpreis fiel von 3,00 Mark auf 1,80 Mark (...), Lebensmitteltransporte aus der Sowjetunion rollten an, dreitausend Waggons in der Woche, beladen mit Butter, Schmalz, Speiseöl und Fischkonserven (...).<sup>10</sup>

Während sich die Staatsführung bemühte, die materielle Situation der Bevölkerung zu verbessern, erfolgte zeitgleich eine Umstrukturierung des gesamten Macht- und Disziplinierungsapparates in der DDR. Fieberhaft begannen sowohl die SED als auch die Staatssicherheit ihr Überwachungsnetz dichter zu knüpfen. Etwa 10 000 angebliche „Provokateure“ und „Rädelsführer“ wurden unmittelbar nach der Revolte vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der Volkspolizei festgenommen. In den kommenden Monaten wurden circa 2 000 Menschen zu meist mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch innerhalb der SED kam es zu erneuten Säuberungsaktionen. Ein Opfer war zum Beispiel Max Fechner<sup>11</sup>, der zu dieser Zeit Justizminister war. Er wurde wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ eingekerkert, da er versichert hatte, dass das Streikrecht „verfassungsrechtlich garantiert“ sei und keiner für seine Tätigkeit in einer Streikleitung verurteilt werden dürfe.

Viele Inhaftierte saßen aufgrund von Nichtigkeiten für viele Jahre hinter Gittern, weil sie beispielsweise eine rote Fahne heruntergerissen hatten. Die Bauarbeiter von der Stalinallee, die das Signal zum Aufstand gaben, wurden mit Zuchthausstrafen zwischen vier und zehn Jahren bestraft. Wie viele DDR-Bürger aufgrund von Urteilen sowjetischer Militärtribunale hinter Zuchthausmauern verschwanden, konnte bis heute nicht erfasst werden. Mit der Ergänzung des Strafgesetzbuches, im Jahr 1957, welche das „Verbrechen gegen den Staat und gegen seine Organe“ unter Strafe stellte, schuf sich die Staatsführung ein weiteres Mittel, um gegen jede oppositionelle Regung vorgehen zu können. Die drakonischen Strafmaßnahmen, die dieses Gesetz vorsah, wurden jedoch nur in einem geringen Maße angewendet. Die Bevölkerung wurde von jeder kritischen Äußerung und Haltung, welche sich gegen das System richtete, abgeschreckt. Des Weiteren versuchte die SED durch gezielte Propaganda und Indoktrination sowie durch ständige Mobilisierungskampagnen, wie zum Beispiel am 1. Mai, die Loyalität der Massen gegenüber dem Regime zu sichern. Die Erfolge waren jedoch minimal, da sich ein großer Teil der Bevölkerung in seine Privatsphäre zurückgezogen hatte und politisch resignierte.

Zwischen 1952 und 1954 verdoppelte sich allein die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des DDR-Geheimdienstes auf 30 000. Eine Eskalation, wie die gerade überstandene, musste künftig unter allen Umständen bereits im Keim erstickt werden.

Der 17. Juni 1953 und der anhaltende Flüchtlingsstrom machten deutlich, dass der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung diesem Staat ablehnend gegenüberstand. Wer den Weg in den Westen nicht gehen wollte oder konnte, dem blieb nur die Anpassung an die Verhältnisse. Angesichts der Präsenz sowjetischer Truppen schien eine Wende zum Besseren auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich.

<sup>10</sup> Erich Loest: Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf. Hamburg, S. 213 f.

<sup>11</sup> Max Fechner (1892-1973), 1949-1953 Minister für Justiz, 1953 SED-Ausschluss und Verhaftung, 1958 Wiederherstellung der SED-Mitgliedschaft.

### III. Ereignisse in den drei Bezirken

#### 1. Frankfurt/Oder:

Die Entwicklung der Protestbewegung war am stärksten in den Städten und Gemeinden, die in der Nähe von Berlin lagen. Der Aufruf zum Generalstreik konnte sehr schnell verbreitet werden, da viele Ost-Berliner in den Randgebieten der Stadt arbeiteten.

Strausberg, Rüdersdorf, Eberswalde und Fürstenwalde waren Schwerpunkte, denn sie lagen im so genannten Speckgürtel von Berlin.

Ein weiteres Zentrum war Stalinstadt (heute Eisenhüttenstadt; 1950 als sozialistische Vorzeigestadt ausgebaut), welche die erste sozialistische Stadt der DDR war. Von den Bauarbeitern der Bauunion Spree in Strausberg ging der Streik aus. Es wurden Lastkraftwagen und Pkws organisiert, mit denen sie durch die Städte fuhren, um in anderen Betrieben zum Streik aufzurufen. In Richtung Berlin wurde die Kolonne durch das sowjetische Militär und durch die deutsche Grenzpolizei gestoppt. Sie fuhren weiter in Richtung Fürstenwalde, um mit den Bauarbeitern der Bauunion Fürstenwalde durch die Stadt zum Reifenwerk zu marschieren. Arbeiter und weitere Belegschaften dieses Werkes schlossen sich dem Streikzug an.

Am Nachmittag bewegten sich mehr als 5 000 Arbeiter in Richtung Stadtzentrum von Fürstenwalde. Dort versuchten sie die Stadtverwaltung und den Rat des Kreises zu besetzen. Durch sowjetische Truppen und Panzer wurde die Demonstration niedergeschlagen.

In Eberswalde und Umgebung blieben die Streiks auf die Gelände der Betriebe beschränkt, da eine sowjetische Garnison ihren Standort in dieser Region hatte. Sämtliche größere Werke der Stadt sowie Verkehrsknotenpunkte wurden frühzeitig durch die sowjetische Besatzungsmacht besetzt.

In Stalinstadt bildete jene Besatzungsmacht ebenfalls eine wichtige Rolle. Am Nachmittag trafen sich Arbeiter und zogen nach Fürstenberg, wo 2 000 Menschen auf dem Marktplatz zusammenkamen und anschließend versuchten, die SED-Kreisleitung zu stürmen. Aber durch die sowjetische Armee wurde auch diese Demonstration beendet.

#### 2. Cottbus:

Zentrum der Stadt Cottbus war das Reichsbahnausbesserungswerk (RAW). Es wurde hier eine zentrale Streikleitung gebildet, die die Organisation der Demonstrationen von mehreren Betrieben leitete.

Es wurden Transparente mit Losungen wie „Absetzung der Regierung“, „Preissenkung der HO um 40%“ und „Freie und geheime Wahlen für ganz Deutschland“ geführt.

Der Demonstrationzug wurde durch das sowjetische Militär aufgehalten und die Armee verlangte die Auflösung des Zuges. Erneut aber versammelten sich Demonstranten in der Stadtmitte von Cottbus, wo die Sowjets ebenfalls wieder eingriffen und den Ausnahmezustand verhängten. Dennoch standen bis zu den Abendstunden zum Teil große Menschengruppen beisammen.

Zossen, Lauchhammer, Finsterwalde, Lübbenau, Forst und Jessen bildeten weitere Schwerpunkte der Proteste und Streiks in diesem Bezirk. Wie in Cottbus gingen die Aktionen in Lübbenau von den Eisenbahnern aus. In Lauchhammer organisierten Bauarbeiter die Proteste. Vor allem Jugendliche engagierten sich in den Städten Finsterwalde und Forst.

In Zossen wurden Demonstrationen durch Bauern organisiert. Dazu kamen ca. 1 500 Personen aus den Nachbardörfern, die für die Freilassung von inhaftierten Bauern und gegen das staatliche Ablieferungssoll protestierten. Die Auflösung des Streiks erfolgte am Nachmittag, nachdem die inhaftierten Bauern freigelassen wurden.

### 3. Potsdam:

In den größeren Industriestandorten des Bezirkes Potsdam kam es zu Streiks. Beteiligt waren Tausende von Bau- und Industriearbeitern. Die Städte Brandenburg, Premnitz, Rathenow, Niemeck, Teltow, Hennigsdorf, Ludwigsfelde, Luckenwalde, Zehdenick, Königs Wusterhausen und Oranienburg bildeten die Schwerpunkte des Arbeiteraufstandes in diesem Bezirk.

Zum Beispiel wurden im Kunstseidenwerk in Premnitz folgende Forderungen von der Streikleitung gestellt:

1. Sofortige Freilassung aller Häftlinge
2. Sturz der Regierung
3. 50% HO-Preissenkungen
4. Sofortige freie und geheime Wahlen
5. Aufhebung des Leistungslohnes
6. Einführung des alten Stundenlohnes.

Auch in der Stadt Potsdam wurde gestreikt, Großbetriebe wie das Karl-Marx-Werk und das Reichsbahnausbesserungswerk waren Ausgangspunkte von Demonstrationen. In der Bezirksstadt blieb es im Vergleich zu den Städten Rathenow und Brandenburg relativ ruhig, was einerseits an der Nähe zu Berlin lag und andererseits an der Präsenz des sowjetischen Militärs. In der angesprochenen Stadt Rathenow wurde der HO-Betriebsschutzleiter als Spitzel verdächtigt und daraufhin ermordet.

Aus den Industrieorten um Berlin zogen viele Arbeiter nach Ost-Berlin. Zum Beispiel bewegte sich ein Demonstrationzug aus Hennigsdorf, der aus mehreren Tausend Stahlarbeitern bestand, durch den französischen Sektor in Richtung Stadtmitte.

In den Kreisen Jüterbog, Kyritz, Wittstock, Pritzwalk und Neuruppin, welche landwirtschaftlich geprägt waren, gab es ebenfalls Proteste, deren Umfang bis heute nicht untersucht wurde.

Im Bezirk Potsdam kam es insbesondere in der Stadt Brandenburg zu massiven Auseinandersetzungen. In der Innenstadt demonstrierten vor allem Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes u. a. mit der Parole: „Acht Jahre erdulden wir Eure Qualen, jetzt fordern wir freie Wahlen“. Weitere Betriebe der Stadt Brandenburg schlossen sich der Protestwelle an. Gestürmt wurden u. a. die Kreisleitung der SED, der FDJ und das Amtsgericht, Polizisten wurden entwapnet, Akten aus den Fenstern geschmissen und sogar Funktionäre auf offener Straße verprügelt.

Ein Demonstrationzug bestehend aus ca. 10 000 Menschen zog vom Amtsgericht aus zur Untersuchungshaftanstalt, wo die Freilassung von politischen Häftlingen gefordert wurde, des Weiteren versammelte sich der Zug auch bei dem Volkspolizeikreisamt in der Altstadt.

Die Situation eskalierte, es fielen Schüsse und das Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft ging in Flammen auf. Deswegen wurden sowjetische Truppen alarmiert, sie rückten mit Panzern vor und trieben die Demonstranten auseinander.

Schließlich wurde in den Städten Brandenburg und Potsdam der Ausnahmezustand verhängt.<sup>12</sup>

## IV. Frauen in den fünfziger Jahren in der DDR

Die Städte lagen in Trümmern und wie nach jedem Krieg hatten die Frauen unter den Folgen am meisten zu leiden. Dabei wurden sie nicht nur mit dem Problem der zerstörten Wohnungen konfrontiert, sondern auch mit verwaisten Kindern und politischer Orientierungslosigkeit. Der herrschende Arbeitskräftemangel, entstanden durch die vielen Gefallenen des Krieges, führte in der sowjetischen Besatzungszone (später DDR) dazu, dass Frauenarbeit zur wirtschaftlichen Notwendigkeit erklärt wurde. Die Frauen waren somit einer starken Mehrfachbelastung ausgesetzt: Sie waren werktätig, Mutter, Hausfrau und sozialistisches Vorbild zugleich. Der verfassungsrechtlichen „Gleichberechtigung“ (Art.7) von 1949 folgten sozial- und familienpolitische Maßnahmen wie das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ im Jahr 1950.

### 1. Frauen im Berufsleben

Die SED versuchte auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens Einfluss zu nehmen und es nach einheitlichen Richtlinien zu gestalten. Aufgrund der ständigen Kontrolle zogen sich die meisten DDR-Bürger in ihr Privatleben zurück, um dort ein wenig Individualität zu wahren.

Auch in der DDR wurde der Alltag durch das Berufsleben bestimmt. Die Frauen wurden von Anfang an in den Aufbau der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit einbezogen, denn die Partei und Staatsführung wollte sie für eine dauerhafte Beteiligung am Arbeitsleben gewinnen. Durch die Vorgabe der SMAD „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wuchs die Zahl der erwerbstätigen Frauen schon gegen Ende der vierziger Jahre. Im Jahr 1949 erklärte die SED die Frauenarbeit zur „Aufgabe der gesamten Partei“, doch um die Beschäftigungsrate der Frauen zu erhöhen, mussten die erforderlichen Rahmenbedingungen wie staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen und hauswirtschaftliche Dienstleistungen geschaffen werden.

Weitverbreitet war die Schichtarbeit, die zentral von der SED verordnet wurde und Mann und Frau gleichermaßen betraf. Um Familie und Arbeit gerecht werden zu können, waren die Frauen oft gezwungen, Teilzeitarbeit und weniger bezahlte Arbeit anzunehmen. So konnten sie trotz doppelter Belastung eine relativ hohe ökonomische Unabhängigkeit vom Partner erreichen.

Da die Erhöhungen der Arbeitsnormen um zehn Prozent auch die Frauen betraf, ist es nur leicht verständlich, dass auch sie ihren Unmut am 17. Juni 1953 laut äußerten und dem Aufruf zum Generalstreik folgten.

Der Frauenanteil bei Bildungsabschlüssen und der Erwerbstätigkeit lag in den fünfziger Jahren bei etwa 50%. So waren auch die Mitglieder in den Massenorganisationen (FDGB, FDJ) und in den ehrenamtlichen Funktionen (Vorstandsmitglieder auf Kreis-, Bezirks- und zentraler Ebene, Elternaktiven, Schöffengerichten) zur Hälfte Frauen. Frauen

<sup>12</sup> Siehe Anhang unter: Der Befehl über den Ausnahmezustand im Bezirk Potsdam S.27.

hatten zwar die Möglichkeiten beruflich aufzusteigen, wurden jedoch bei der Belegung von höheren Positionen nicht ausreichend berücksichtigt. Erst später sollte die Chancengleichheit auch durch berufliche Qualifizierung gewährleistet werden, denn in den Verfassungen von 1968 und 1974 (Art. 20 Abs. 2) hieß es: „... Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“<sup>13</sup>

Die Frauenerwerbstätigenquote an Hochschulen betrug etwa 30%, die in den Leitungsfunktionen der Wirtschaft lag zwischen 15 und 20%. Je wichtiger die Funktionen wurden, desto geringer wurde der Frauenanteil in diesen Berufen, wie z. B. in höheren Leitungsfunktionen der Verwaltung, wo er nur bei etwa 5% lag.

Es vollzog sich seit den 1950er Jahren ein stiller, persönlicher und wenig bemerkbarer Wandel der Lebensform der Frauen u. a. durch die ökonomische Unabhängigkeit, das Gleichberechtigungstreiben und die hohen Ansprüche an den Partner. Der Wandel wurde von Außenstehenden als Emanzipation bezeichnet, die Frauen selbst aber nannten es nicht so.

## 2. Frauen und die Partei

Die SED forderte von den Frauen eine verantwortliche Mitarbeit in gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten bzw. in den entsprechenden Gremien.

Nach der stalinistischen Umstrukturierung der Partei (1949 bis 1952) nach sowjetischem Vorbild ging der Anteil der Frauen in Partei- und Staatsfunktionen noch weiter zurück. Die Frauenabteilungen in den Kreisvorständen wurden aufgelöst und eine Art von Frauenbeauftragten in den Abteilungen der SED eingesetzt. Man konzentrierte sich jetzt mehr auf die Erwerbstätigkeit von Frauen: „Seit 1952 verebbte die zuvor so intensiv geführte Diskussion über ihre umfassende Mitarbeit völlig.“<sup>14</sup>

Im Jahr 1950 wurde das Statut aufgehoben, dass die Partei verpflichtete, eine Mindestvertretung von Frauen zu haben. Sie waren dann weniger in Organen zu finden, die politischen Einfluss hatten, sondern mehr in denen, mit großem repräsentativem Charakter. Demnach waren sie in den Spitzenpositionen von Partei und Staat, wenn überhaupt, nur vereinzelt vertreten. Bei den Vorgaben und Umsetzungen der Frauenpolitik agierten im Wesentlichen folgende Gremien: die Frauenabteilung beim Zentralkomitee der SED, die Frauenkommission beim Politbüro und der wissenschaftliche Beirat „Die Frau in der sozialsozialistischen Gesellschaft“. Die Frauenarbeit der Partei sollte die parteilosen Frauen erfassen, um sie für die Politik der SED zu mobilisieren und um ihre aktive berufliche und politische Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Als Unterstützung fungierte die sozialistische Massenorganisation der Frauen, der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD). Er sollte insbesondere Arbeiterfrauen, aber auch Frauen aus allen anderen Schichten der Gesellschaft erreichen. Im DFD waren etwa 1,4 Mio. Frauen organisiert, von denen die wenigsten SED-Mitglieder waren. Lediglich die in den Leitungspositionen steckten, waren in der Regel auch Parteimitglieder.

<sup>13</sup> Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel: Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 86.

<sup>14</sup> Gabriele Gast: Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973, S. 32.

Trotz propagierter Gleichberechtigung und Gleichstellung konnten die Frauen kaum reale Macht ausüben oder bei wichtigen politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen Einfluss nehmen.

## V. Befragung

Zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in der DDR führten wir eine Befragung durch. Unser Ziel bestand darin, zu erfahren, inwieweit die Bürger auf der Straße über dieses Ereignis informiert sind.

Es wurden mehrere Personen im Alter von fünfzig bis fünfundsiebzig Jahren von uns befragt. Die meisten von ihnen konnten sich jedoch nicht mehr an die Geschehnisse des besagten Tages erinnern oder wollten uns keine Auskunft darüber geben. Ein Beispiel wäre eine Frau, die uns auf die erste Frage hin antwortete, sie sei nicht in Berlin gewesen und das Gespräch dann einseitig abbrach, bevor es eigentlich begann. Es gab aber auch Personen, die uns Auskunft erteilt haben. Ein 65-jähriger Mann zum Beispiel konnte sich an den 17. Juni 1953 noch recht gut erinnern. Zu dieser Zeit war er bei der Marine tätig, daher hatte er keine persönlichen Nachteile. Die Versorgung mit notwendigen Dingen für andere DDR-Bürger sei jedoch schlecht gewesen und man hätte für wenig Lohn viel Arbeit verrichten müssen. Dennoch hätte keiner aus seinem Bekanntenkreis an das Verlassen der DDR gedacht.

Städte wie Berlin, Dresden und Leipzig wurden von ihm als Zentren des Arbeiteraufstandes genannt, auf Ursachen und Verlauf hingegen konnte er nicht näher eingehen. Seiner Ansicht nach habe sich die regionale Presse der damaligen Zeit mit der Berichterstattung zurückgehalten.

Er meinte, „der 17. Juni 1953 brachte große Auswirkungen für die weitere Entwicklung der DDR“. Die Bevölkerung sei dadurch wach geworden und hätte sich im Verlauf mehr für die Verbesserung ihrer Lebensumstände engagiert.

Ein unverständlicher Faktor für uns war seine Mitteilung, dass negative Kräfte für diesen Aufschwung wären und positive Kräfte jenes unterbinden wollten, dies dürften wir auch in unserer Auswertung so kommentieren, wie er es gesagt hätte.

Den Einfluss des Westens beurteilte er als sehr groß, seine wirtschaftliche Entwicklung wäre damals viel weiter gewesen, jenes äußerte sich unter anderem durch die Automobilindustrie und durch die bessere Kleidung, auch die stabile Währung (DM) wurde von ihm als Beispiel angeführt. Für ihn hatte die BRD eine größere Stellung in der Welt als die DDR, dadurch sei es auch zu Unruhen gekommen und zu Unmut innerhalb der DDR-Bevölkerung.

Auch unsere vorletzte Frage, warum der Tag des Arbeiteraufstandes ein Feiertag in der BRD wurde, versuchte er zu beantworten. Seines Erachtens nach wurde der 17. Juni ein Feiertag, da die BRD-Bürger diesen Aufstand so beurteilt hätten, dass sich die Demonstranten solidarisch zu ihnen verhalten hätten und das wäre für sie ein Schritt zur Wiedervereinigung. Dennoch fände er den 3. Oktober, den Tag der Deutschen Einheit, besser als Feiertag geeignet, denn dort wäre die Wiedervereinigung besiegelt worden und es gebe seit jenem Tag einen deutschen souveränen Staat.

Ein weiterer Befragter konnte diese Frage nicht beantworten. Dieser 63-jährige Mann erinnerte sich daran, dass eine Ursache des Streiks in den Normenerhöhungen liege. Weiterhin erzählte er, es seien Russen durch Prenzlau gefahren, aber mehr habe er

nicht von dem Geschehen mitbekommen.

Persönliche Nachteile hätte er nicht gehabt, da er Geld aus dem Westen bezog. Dieses ist damit zu erklären, dass seine zwei Brüder nach der Lehre in die BRD geflohen seien. Da er bereits verheiratet war, dachte er nicht an das Verlassen der DDR.

Zur Zeit des Arbeiteraufstandes war der Mann 22 Jahre alt, von Beruf Schlosser und lebte seit 1948 in Prenzlau. Die Auswirkungen des Aufstandes bezeichnet er als minimal, da man nach kurzer Zeit wieder in den Alltags-„Trott“ zurückgekehrt sei. Die Frage „Kennen sie politische Prozesse aus den 50er Jahren?“ wurde von der befragten Person verneint.

Insgesamt kamen wir zu dem Ergebnis, dass sich viele Bewohner der Stadt Prenzlau und Umgebung nicht mehr an den 17. Juni 1953 erinnern können. Die Schwerpunkte lagen in größeren Städten, deswegen bekamen die Anwohner wenig mit. Auch die Berichterstattung über diesen Aufstand sei sehr gering gewesen. Eine andere Ursache könnte auch das Alter sein, eine 83-jährige Frau konnte sich nicht mehr zurückerinnern, da es ihres Erachtens nach zu lange her sei und ihr Erinnerungsvermögen auch nicht mehr das beste wäre. Auch die anderen Fragen vermochte sie nicht zu beantworten.

Wir waren ein wenig enttäuscht von dem Ergebnis unserer Befragung, da wir uns mehr davon versprochen hatten. Auch wenn wir nur 6 Jahre in der DDR gelebt haben und dadurch sehr wenig von diesem Staat mitbekommen haben, denken wir, dass der Arbeiteraufstand ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik war.

Jener Tag wurde schließlich auch ein Staatsfeiertag in der BRD. Für uns könnte der 17. Juni auch heute noch neben dem 3. Oktober als Staatsfeiertag im vereinten Deutschland bestehen.

## VI. Nachwort

Unsere anfängliche Skepsis hat sich im Laufe unserer Recherchen teilweise bestätigt: Nachdem wir unsere gemeinsamen Überlegungen abgeschlossen hatten, wie wir unsere Arbeit gestalten und wo wir unsere Schwerpunkte setzen würden, erhielten wir im Rahmen des Geschichtsunterrichts die Möglichkeit, im schuleigenen Medienkabinett im Internet nach geeigneten Informationen zu suchen. Wir mussten feststellen, dass sich die Materialfindung zu Ereignissen des 17. Juni 1953 im Land Brandenburg als sehr schwierig gestalten sollte. Dennoch gaben wir die Hoffnung nicht auf und fanden u. a. auf der Internetseite [www.17juni53.de](http://www.17juni53.de) einige Angaben zu den von uns behandelten drei Bezirken. Wir entschlossen uns in unserer Gruppe, die Ereignisse und Hintergründe der damaligen Zeit in Brandenburg näher zu untersuchen. Da sich im Internet kaum verwertbare Materialien zur regionalgeschichtlichen Untersuchung des Arbeiteraufstandes finden ließen, mussten wir unsere Nachforschungen auf Sachliteratur beschränken. Es wurde uns ermöglicht, im Stadtarchiv Prenzlau, der Stadtbibliothek und im Archiv des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau nach Dokumenten aus den 1950er Jahren zu suchen. Da auch diese Suche zu unserer Enttäuschung z. T. erfolglos verlief, kam uns die Idee, eine Befragung über den 17. Juni 1953 durchzuführen. Unser Ziel war es, somit einen Überblick über die Geschehnisse zu erhalten, inwieweit sich die Bürger der ehemaligen DDR noch an diesen Tag erinnern können bzw. sie bereit sein würden, uns darüber Auskunft zu geben. Unsere Erwartungen wurden

insofern enttäuscht, da von den 37 Befragten lediglich sieben Personen die Zeit fanden, unsere Fragen nach bestem Gewissen und Erinnerungsvermögen zu beantworten, jedoch nur zwei Bürger in der Lage waren, präzise Angaben zu machen. Wir erstellten diese Projektarbeit in der Hoffnung, einen Beitrag zu leisten, um die Geschichte des Landes Brandenburg in den 50er Jahren und speziell den 17. Juni 1953 näher darzustellen.



Unsere Arbeitsgruppe bei Recherchen im Stadtarchiv Prenzlau

## VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bundeszentrale für politische Bildung, Geschichte der DDR, Bonn 1991.
- Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland in den fünfziger Jahren, Bonn 1997.
- Gabriele Gast, Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973.
- Gisela Harwig, Hildegard Maria Nickel, Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993.
- Hartmut Jäckel, Georg Dertinger und die Seinen, in: Die Zeit, 09/2003.
- Guido Knopp, Unser Jahr 100, Deutsche Schicksalstage, München 1998.
- Erich Loest, Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf, Hamburg 1981.
- Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, München 1998.
- Martin Tabaczek, Johannes Altenberend, Deutschland nach 1945, Paderborn 1993.

Internet: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)  
[www.17juni53.de](http://www.17juni53.de)  
[www.volksaufstand1953.de](http://www.volksaufstand1953.de)  
[www.17juni1953.de](http://www.17juni1953.de)  
[www.homecomm.ch](http://www.homecomm.ch)  
[www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)  
[www.rhs.lernnetz.de](http://www.rhs.lernnetz.de)

Besuchte Archive: Stadtarchiv Prenzlau  
Uckermärkischer Geschichtsverein zu Prenzlau

## VIII. Bildnachweis

Deckblatt: Aus Guido Knopp: Unser Jahr 100. Deutsche Schicksalstage.  
Bertelsmann Verlag, 1998, S. 339, 340, 346, 348 und 349.

Anhang: Befehl über den Ausnahmezustand im Bezirk Potsdam, www.17juni53.de

## IX. Anhang

### M 1.1

**1959 - Persönliches Schreiben des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke an den 1. Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht**<sup>15</sup>

Lieber Walter!

Beiliegend der Schlussbericht über den Untersuchungsvorgang Pokojewski, Otto, Pfarrer, zuletzt Superintendent der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Thüringen, Superintendent Kahla - und Prenzler, Wilhelm, Diakon, zuletzt Geschäftsführer des Evangelischen Hilfswerkes, Landeskirche Thüringen, Sitz Eisenach.

Wenn du einverstanden bist, so könnte der Schlussbericht zur Abfassung der Anklageschrift sofort abgegeben werden. Der Vorgang ist lediglich abgestellt auf die Verbrechen der beiden Genannten. Die Rolle, die die reaktionäre Kirchenführung in Westdeutschland und Westberlin dabei spielt, wurde nicht hinein gearbeitet. Solltest du es für richtig befinden, dass der Staatsanwalt im Plädoyer diese schändliche Rolle behandeln soll, dann würde das MfS dem Staatsanwalt entsprechende Materialien zur Verfügung stellen. Die Strafen, die für die beiden Verbrecher ausgesprochen werden, werden zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe, die sich im Rahmen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren Zuchthaus bewegt, entsprechend § 21, Abs. 2 des Strafgesetzbuches.

Für Verbrechen nach §§ 6,8 - Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs in Verbindung mit § 9 WstVO wird eine Gefängnisstrafe verhängt. Diese Strafe wird dann zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen. Ich bitte hier um Mitteilung, in welcher Höhe die Strafe ausgesprochen werden soll oder ob die Stellung der Strafanträge und die Verurteilung dem Staatsanwalt und dem Gericht überlassen werden sollen.

Mir erscheint jedoch zweckmäßig, sie richtig zu informieren, da sie sonst nicht wissen werden, was sie tun sollen.

---

15 Zit. nach: David Gill/Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit - Anatomie des Mielke Imperiums. (Rowohlt) 1991. S. 20f. In: Martin Tabaczek/ Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945 Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld, Paderborn 1993, S. 204 f.

Ferner wäre zu entscheiden, ob aus politischen Gründen evtl. eine Strafaussetzung nach Verkündung des Urteils erfolgen soll. Das MfS ist der Meinung, dass die Strafe zunächst einmal anzutreten ist und dass danach eine Strafaussetzung zu prüfen wäre, - denn beide Angeklagte sind Anhänger des reaktionären Kreises um Dibelius.

Ich erinnere Dich an mein Schreiben, wo ich Dich darauf aufmerksam machte, dass bei Pokojewski ein Protokoll gefunden wurde, in dem gegen Bischof Mitenheim Stellung genommen wurde.

Ich bitte um Mitteilung, wie das MfS verfahren soll. Wenn der Schlussbericht am 3.11. abgegeben werden kann, kann die Verhandlung spätestens in 3 Wochen stattfinden. Ich bitte um Rückgabe des Schlussberichtes.

Mit sozialistischem Gruß!

Gez. Erich Mielke

### M 1.2

**1960 - Flüchtlingsaussage des Landwirtes Josef Wolff (April 1960)**<sup>16</sup>

Am 19.03.1960 erschienen in Krausnick, Kreis Lübben, im Bezirk Cottbus die Werber. Mit Pkw und einem Bus kamen ca. 40 - 50 Mann an, die sich gleich zum Bürgermeisteramt begaben. Unter ihnen befanden sich der Landrat Eschberger, Staatsanwalt Stathaus, MTS<sup>17</sup> - Direktor Hofmann, stellv. Landrat Ulbricht, der Bezirksforstmeister von Cottbus und einige SSD<sup>18</sup> - Angehörige in Zivil. Nach kurzem Aufenthalt beim Bürgermeister gingen sie dann in den Gasthof. Hier wurden Einzelzimmer bezogen, und man ließ die ersten Bauern mit größeren Betrieben antreten.

Da ich zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht erschienen war, wurde ich etwa eine halbe Stunde später durch den Bürgermeister persönlich geholt. Bei meinem Eintritt in das Gastzimmer gewann ich sofort den Eindruck, dass man bestrebt war, mich als einen der größten Einzelbauern seelisch fertig zu machen. Trotz meiner starken Nerven konnte ich die dauernden Fragen, warum ich nicht Mitglied der LPG<sup>19</sup> werden will und die Unterschrift verweigere, nicht durchhalten. Ich verlangte eine Bedenkzeit und wollte dann unterschreiben, wenn alle Bauern Mitglieder geworden sind.

---

16 Zit. nach: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die Zwangs - kollektivierung des selbständigen Bauernstaates in Mitteldeutschland. Bonn 1960. S.47 f. In: Martin Tabaczek/ Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945 Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld, Paderborn 1993, S. 205.

17 Maschinen-Traktoren-Station

18 Staatssicherheitsdienst

19 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

Auf Grund der geforderten Bedenkzeit sagte mir der Staatsanwalt Stathaus wörtlich: „Wolff, wir werden auf Sie immer zurückgreifen und wenn wir Sie noch zehnmal holen sollten, Ihre Unterschrift bekommen wir doch.“ Daraufhin stellte ich die Frage. Wo bleibt denn die Freiwilligkeit in die LPG. Dazu sagte der stellvertretende Landrat Ulbricht: „Die Freiwilligkeit ist aufgrund der Entwicklung zur Notwendigkeit geworden.“ Nachdem ich vom Staatsanwalt wiederholt unter Druck gesetzt wurde und immer wieder meine Unterschrift verweigerte, Mitglied der LPG zu werden, begann man mit einem besonderen Verhör, das zweieinhalb Stunden andauerte.

Bei dieser Gelegenheit warf man mir Belastungsmaterial vor, wie zum Beispiel: Es ist bekannt, dass ich Adenaueranhänger sei und RIAS<sup>20</sup> - Hörer wäre. Ich sollte vor allem an die Vergangenheit denken, wo ich der Familie Streichan, aus dem gleichen Ort, ehemaliger Landwirt, zur Flucht verholfen hätte.

Der Staatsanwalt betonte ausdrücklich, dass ihm mein staatsfeindliches Verhalten schon lange aufgefallen sei und dies nur durch den Beitritt in die LPG wieder gutzumachen wäre.

Durch die brutalen Gewaltmaßnahmen, die ergriffen wurden, sah ich keinen anderen Ausweg mehr und setzte mich mit meiner Familie und der noch im Haushalt wohnenden Schwiegermutter nach West-Berlin ab.

### M1.3

#### 1950 - Bericht eines Volkspolizei-Inspektors der Staatssicherheit zur Vorbereitung der Volkskammerwahlen (17.10.1950)<sup>21</sup>

In Sachsen-Anhalt wurde nach Absprache mit unseren Fr.(eunden)<sup>22</sup> festgelegt, das Ansprechen der Kreisstellen, welche besonders schwache und reaktionäre Zusammensetzung haben, besonders wo CDU und LDP Bürgermeister oder Landräte führten. Zu diesen wurde festgestellt, aus dem im Laufe des Jahres angefallenen Unterlagen sowie aus den Instruktionsberichten der Partei, welche Gemeinden in jedem Kreis da besonders infrage kamen. Von den 34 Kreisen wurde solcher Art 23 Stück angesprochen. Ich wählte dazu das Beispiel von Bln (?) mit einigen besonderen Hinweisen, nachdem ich festgestellt hatte, dass die zu besuchenden Personen einen hinreichend großen Einfluss auf einen bestimmten Personenkreis hatten, gab ich gleichzeitig den Rat, später nochmals vorzusprechen, ebenfalls den Einzel- oder Gruppenposten der V.(olks)P.(olizei) des Dorfes durch geschicktes

Ansprechen auf die besuchten Personen aufmerksam zu machen, sodass unsere Mitarbeiter gestützt auf die Wahrnehmungen der V.P. und ihrer sonstigen Auskunftspersonen bei dem zweiten Besuche entschiedener auftreten konnten, es wurden solcher Art 124 Personen angesprochen. Darunter ca. 20 Bürgermeister, 18 Pfarrer, 42 CDU- und LDP-Vorsitzende und Gutsbesitzer, ebenfalls eine Reihe Umsiedler, welche in einigen Gemeinden, wo starke Umsiedlergruppen untergebracht sind, eine Rolle spielten, dann noch Frauen und Betriebsleiter einiger Privatunternehmen.

Nach allen mir zugegangenen Berichten sowie aus den Feststellungen anlässlich des Wahlaktes steht fest, dass in allen Fällen das Ansprechen zum Erfolg geführt hat mit einigen Ausnahmen in Bezug auf die Pfarrer, wo nicht in allen Punkten Erfolg erzielt wurde, in Bezug auf die Personen des Pfarrers aber doch erreicht wurde, dass er seine Gläubigen nicht von der Wahl abgehalten hat.

Weiter wurde festgelegt, nach Absprache mit dem Innenminister Hegen<sup>23</sup>, Chefinspektor Weikert<sup>24</sup> und mir, dass bei einem ungünstigen Wahlergebnis wir eine Veränderung des Abstimmungsergebnis vomehmen, das heißt bei der Stelle zu korrigieren, wo die Zusammenzählung erfolgt, dieses wurde verabredet in der Form, dass theoretisch alles besprochen wurde unter meiner Leitung, Hegen war einverstanden, und so wurden alle Vorbereitungen dazu getroffen.[...]

Außer diesen Maßnahmen hatten wir in dem gesamten Gebiet von Sachsen-Anhalt über 70 Prozent der Wahlvorstände als Gewährsleute und 28 Prozent als V.L. (Vertrauens-Leute), sodass auch hier in letzter Minute noch eine Möglichkeit der Hilfe bestand, in Bezug auf die Protokolle und Berichte. Aufgrund der guten Beteiligung bei der Wahl waren die letzteren Maßnahmen nicht notwendig, aber es wäre durchgeführt worden, wenn das Resultat schwaches gewesen wäre.

Einige Schwächen hatten sich herausgestellt, indem die Instruktion in Bezug (auf die) gültigen und ungültigen Stimmen zu stur gehandhabt wurden, wo(bei) in den meisten Fällen unsere Leute Schuld tragen, welche sich an die Anweisung hielten, dass alle Stimmzettel als gültig zu erklären sind, wo nur die leichteste Möglichkeit dafür vorhanden war, das heißt, alle rechneten mit einer schlechten oder nur knappen Zahl der Zustimmung und hatten vergessen, dass die Wahlbeteiligung und das offene Abstimmen, welches in fast allen Gemeinden durchgeführt wurde, eine andere Situation schuf. Hier zeigte es sich wieder, dass wir unsere Agitation und den Einsatz der Instrukteure sowie Aufklärungsgruppen unterschätzt hatten, nicht zuletzt die Reden und Kundgebungen, die durchgeführt wurden, sondern auch die merkliche Besserung der Lebenshaltung hat diesen Umschwung mitbewirkt. [...]

20 Rundfunk im amerikanischen Sektor

21 Zit. nach: Jochen Laufer: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91. S. 27f. In: Martin Tabaczk/ Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945 Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld, Paderborn 1993, S. 195 ff.

22 „Freunde“ stand im offiziellen Sprachgebrauch für Vertreter der UdSSR

23 Josef Hegen (1907 - 1969), Bergarbeiter; 1950 - 1952 Innenminister in Sachsen-Anhalt; nach 1952 verschiedene Funktionen im Staatsapparat.

24 Martin Weikert (\* 1914), 1950 - 1982 verschiedene Funktionen im Staatsapparat.

### 1952 - Beschluss der 2. Parteikonferenz: Aufbau des Sozialismus und verschärfter Klassenkampf (12.07.1952)<sup>25</sup>

Die Welt ist in zwei Lager gespalten, in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und in das Lager des Imperialismus. Dementsprechend haben sich in der Welt zwei Hauptanziehungszentren gebildet: einerseits die Sowjetunion als das Zentrum der Länder des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sowie aller um ihre Befreiung kämpfenden Ausgebeuteten und Unterdrückten und andererseits die USA als das Zentrum der kapitalistischen Regierungen, der Kriegshetze, der reaktionären und ausbeuterischen Elemente in der Welt. Im Lager des Imperialismus herrschen Zerfall und Fäulnis. Im Lager des Sozialismus entfalten sich Aufbau, Fortschritt und Gemeinsamkeit der Interessen im Kampf für Demokratie, Frieden und Sozialismus. Das Lager des Friedens wird geführt von der Sozialistischen Sowjetunion mit dem Führer der Völker, dem großen Stalin, an der Spitze. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution besitzt die Menschheit die Perspektive eines dauerhaften Friedens. Diese Perspektive wird umso eher Wirklichkeit, je eher die Völker die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen.

In Deutschland ist die zentrale Frage der Kampf um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus mithilfe der amerikanischen, britischen und französischen Okkupationsmächte, durch den Abschluss des Separatpakt ist der Frieden bedroht und die deutsche Nation in Gefahr. Die angloamerikanischen Imperialisten wollen die Material- und Menschenreserven Westdeutschlands und Westeuropas an sich reißen im Interesse der Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Weltkrieges. Indem sie dem deutschen Volk die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag verweigern, versuchen sie, es auf viele Jahre hinaus der Perspektive der Wiederherstellung der Einheit zu berauben. Mit Hilfe der westdeutschen Monopolherren und Großgrundbesitzer haben sie ein Regime der nationalen Versklavung und der sozialen Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen errichtet. Die Versklavung und Ausplünderung Westdeutschlands durch den amerikanischen Imperialismus ist nur möglich, weil die Bonner Vasallenregierung und ihre Hintermänner, das westdeutsche Monopolkapital, sich mit den äußeren Feinden der deutschen Nation verbunden haben. Der Sturz des Bonner Vasallenregimes ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. [...]

Die II. Parteikonferenz stellt fest: [...]

*Sechstens:* Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen

Republik geworden ist. Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler, Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen.

*Siebtens:* Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. Die führende Rolle hat die Arbeiterklasse, die das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen geschlossen hat. Es ist zu beachten, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte berechnen müssen.

*Achtens:* Der Aufbau des Sozialismus erfordert:

a) Durchführung der grundsätzlichen Aufgaben der Volksmacht: feindlichen Widerstand zu brechen und die feindlichen Agenten unschädlich zu machen; die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisation bewaffneter Streitkräfte zu schützen; ihre Funktion als Instrument des Aufbaus des Sozialismus auszuüben.

*Zehntens:* [...]

a) Die leitenden Parteiorgane haben die Pflicht, allseitig die führende Rolle der Partei zu verwirklichen, das Kampfbewusstsein in der Partei zu stärken, sich enger mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu verbinden, die Vorschläge und Kritik in den Massen sorgfältig zu beachten und in der Partei und im gesellschaftlichen Leben die Kritik und Selbstkritik breit zur Entfaltung zu bringen. Die Partei als die höchste Klassenorganisation der Arbeiterklasse muss umfassend und allseitig den Kampf der Klasse und der Massen führen und sich dabei auf die jeweils wichtigsten Aufgaben konzentrieren. [...]

b) Die Partei muss jedes Mitglied zur äußersten Wachsamkeit erziehen und verhindern, dass feindliche Elemente in die Partei der Arbeiterklasse eindringen oder durch die Verbreitung bürgerlicher Ideologien ihre Kampfkraft schwächen. Parteifeindliche sind unerbittlich aus den Reihen der Partei zu entfernen.

<sup>25</sup> Zit. nach. Dokumente zur Geschichte der SED. (Dietz-Verlag) Berlin 1986. Bd. 2. S. 168ff. In: Martin Tabaczek/ Johannes Altenberend: Deutschland nach 1945 Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld, Paderborn 1993, S.194 ff.





Preisträgerinnen und Preisträger des Städtischen Gymnasiums Prenzlau